

vom Ratsbüro genehmigt
am 23. Januar 2002
auf dem Zirkulationsweg

PROTOKOLL

der 1. Sitzung
vom Dienstag, 15. Januar 2002
17.00 - 19.55 Uhr
Grossratssaal der Rathauslaube

Vorsitz: Iren Eichenberger (OeBS) Präsidentin 2002

Protokoll: René Gisler (Nichtmitglied)

Stimmzähler: Herbert Distel (CVP) und Wilhelm Hefti (SP)

Anwesend: von total 50 Mitgliedern:
Ratspräsidentin und 48 Mitglieder
5 Stadträte

Entschuldigt für die ganze Sitzung: Thomas Hauser (FDP)

Traktanden:

- 1. MOTION Peter Wullschleger (CVP) im Namen der
Fraktionsgemeinschaft FDP/CVP u. SVP/EDU -
Gesunde und attraktive Finanzen** **Seite 6**

- 2. INTERPELLATION Hans Peter Huber (SVP) -
Alkoholausschank an Jugendliche unter 18 Jahren** **Seite 28**

PENDENTE GESCHÄFTE

EINGANG	TITEL DES GESCHÄFTES	
8.11.00	VdSR - Verselbständigung der Städt. Werke SH u. Neuhausen	SPK
14.11.00	VdSR - Reorganisation des Museums zu Allerheiligen und Integration des Kulturdienstes	SPK
15.05.01	VdSR Neuauflage des Stellenplans per 1. Jan. 2001	GPK
14.08.01	INTERPELLATION Raphaël Rohner (FDP) - Gewährleistung der öffentl. Sicherheit u. Schutz von Eigentum	
21.08.01	VdSR Neuregelung der städtischen Abfallgebühren	SPK
28.08.01	VdSR - Überführung der Trägerschaft der öffentlich-rechtlichen Sonderschulen in eine Stiftung von Kanton und Stadt Schaffhausen nach ZGB	SPK
04.09.01	Motion Esther Bänziger (SP): Heizzeiten an den städtischen Schulen	
23.10.01	VdSR Parkleitsystem	SPK
6.11.01	INTERPELLATION Alfons Cadario (EVP) - Militärunterkunft Breite	
27.11.01	VdSR - Besoldung des Pflegepersonals in den städt. Altersheimen, Bericht des Stadtrates und Änderung der Besoldungsverordnung (Einreihungsplan)	GPK
11.12.01	VdSR - Kieswerk Solenberg AG, GB Nr. 3930, Neue Nutzungs- und Abbauverträge	GPK

Kleine Anfragen von

Bea Hauser (SP)	Bericht des städt. Wirtschaftsförderers	3.11.01 17/2001
Alfons Cadario (EVP)	Fahrgastinformation der VBSh	3.11.01 18/2001
Roland Schöttle (FDP)	Umzonung Areal Landhuus/Bleichi	18.11.01 19/2001
Christian Meister (SVP)	Fernsehnetz SASAG	28.11.01 20/2001

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

**Traktandum 1 MOTION Peter Wullschleger (CVP) im Namen der
Fraktionsgemeinschaft FDP/CVP u. SVP/EDU -
Gesunde und attraktive Finanzen**

Die Motion wird begründet, von SR Veronika Heller beantwortet und im Rat diskutiert.

Der Grosse Stadtrat **überweist die Motion mit 24 : 23 Stimmen bei 1 Enthaltung** mit folgendem geänderten Wortlaut:

Der Stadtrat wird eingeladen, dem GrSR Bericht und Antrag zu unterbreiten bezüglich folgender Anliegen:

1. Möglichkeiten zur weiteren Senkung der Steuerlast
2. Massnahmen zur Verhinderung der Neuverschuldung
3. Vorgehen beim Abbau der ungedeckten Schuld
4. Strukturreform der öffentlichen Verwaltung mit dem Ziel, die Verwaltungskosten in der Grössenordnung von 10% zu reduzieren.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 2 INTERPELLATION Hans Peter Huber (SVP) - Alkoholausschank an Jugendliche unter 18 Jahren

Die Interpellation wird begründet, von Stadtpräsident Marcel Wenger beantwortet und im Rat diskutiert.

Das Geschäft ist erledigt.

BEGRÜSSUNG

Ratspräsidentin Iren Eichenberger (OeBS) eröffnet die Ratssitzung mit der Begrüssung der Ratskolleginnen und Ratskollegen, Frau Stadträtin, der Herren Stadträte, der VertreterInnen der Medien sowie den BesucherInnen auf der Tribüne.

Speziell begrüsst die Ratspräsidentin anstelle des per Ende 2001 zurückgetretenen Oskar Christian Brüschi (FDP) **Jakob Deppe (FDP)** als neues "altes" Ratsmitglied. "Er ist seit Jahren ein "sicherer Wert" in diesem Parlament."

Das Büro hat Fotograf Bühler die Erlaubnis erteilt, anlässlich der ersten Ratssitzung Aufnahmen zu machen.

Antrittsrede der Ratspräsidentin 2002, Iren Eichenberger (OeBS)

"Vorerst noch einmal sehr herzlichen Dank für alle Ihre originellen und witzigen Beiträge zur Wahlfeier am 18. Dezember 2001. Danke auch für die vielen tollen und wertvollen Geschenke, besonders auch die wunderbaren Naturalgaben. Die bunten Äpfel vom SVP-Logo liessen sich übrigens mit der SP-Ananas zu einem herrlichen Fruchtsalat ergänzen. Zusammen mit dem luftigen CVP-Kuchen (ich meine natürlich den ausgebackenen) ergab dies ein würdiges Festtagsdessert. Mit anderen Worten: Ich habe jetzt Linke und Rechte zum Fressen gern. Auch mit „grossen“ Geschenken hatte ich keinerlei Probleme. So hat sich der Elefant bereits bestens in meiner Stube integriert. Der einzige, der ausschlägt wie wild, ist der Birnbaum von der OeBS. Diese dynamische Entwicklung liegt aber in der Natur der Sache und darf nicht moralisch gewertet werden.

Nachdem hoffentlich auch Sie, liebe Ratskolleginnen und -kollegen während der Festtage eine ungestörte und erholsame Zeit erlebten, sollte nun einem schwungvollen Start ins zweite Jahr dieser Legislatur nichts im Wege stehen. Es scheint das Privileg dieses zweiten Jahres zu sein, dass sämtliche wichtigen Vorlagen, die wir vom vorletzten auf das letzte Jahr verschoben haben, nun Schlag auf Schlag auf der Liste stehen. Immerhin sind inzwischen hoffentlich sämtliche Argumente auf dem Tisch und Rückfälle in die Kommissionsarbeit im Parlament vermeidbar. So werden wir an der nächsten Sitzung über die Verselbständigung der Werke beschliessen, Ende Februar eine erste WOV-Diskussion führen, die Vorlage zu den Sonderschulen, das Parkleitsystem u.a. sind in der Pipeline. Und wenn erst bis Mitte Jahr ein Konsens für die Abfallgebühren vorliegt, dann ist der Mist geführt.

Bei allem aber gilt: Wir machen den Terminkalender nicht allein. Dieser Bock hier ist bekanntlich nicht der einzige Bock im Land. Auf nahem Hügel buhlt ein anderer Bock um die Gunst der Schafe, resp. der Schaffhauserinnen und Schaffhauser. Er senkt dazu bekanntlich nicht die Hörner, sondern den Steuerfuss. Hoffentlich geraten sich dann die Schafe nicht in die Wolle, wenn es darum geht, wer nach der Steuerfussenkung Haare lassen muss.

Die SchaffhauserInnen sind ein interessiertes und aktives Volk, gerade auch in der Stadt. Wer immer wieder einmal zur Werbung für oder gegen was auch immer auf dem Fronwagplatz steht, merkt, dass sich viele Leute durchaus ansprechen lassen und zu lokalen und nationalen Themen eine differenzierte Meinung haben. Uebrigens oft auch AusländerInnen, die leider noch immer kein Stimmrecht besitzen. Bei der Abstimmung über die neue Kantonsverfassung vor einem Jahr haben die StimmbürgerInnen bekanntlich bewiesen, dass sie auf den Verlust von demokratischen Rechten sehr sensibel reagieren. Diesem gesunden Willen zur Mitsprache und damit zur Mitverantwortung müssen wir Sorge tragen, gerade auch bei den anstehenden Projekten auf kantonaler und städtischer Ebene. Anpassungen an veränderte Verhältnisse am Markt und in der Gesetzgebung sind nötig. Trotzdem dürfen wir mit Verselbständigungen und neuen Verwaltungsmodellen nicht vollends den Löffel aus der Hand geben, sondern Volk und Parlament sind so einzubinden, dass ihnen die grundlegende Führung und Kontrolle vorbehalten bleibt.

Bei allem aber bin ich letztlich optimistisch. Wir wohnen nämlich nicht im Jammertal, sondern in einer wunderschönen Stadt und Region am Rhein mit Potential und Perspektiven. Die Zukunft findet statt. Wir sollen sie gestalten. Das macht Sinn und macht auch Spass.

Ich wünsche Ihnen und uns allen ein gutes Jahr 02 und danke fürs Zuhören."

MITTEILUNGEN

Personelles

Rücktritt aus dem Rat

Die Ratspräsidentin gibt dem Plenum Kenntnis vom **Rücktrittschreiben von Diana Ceppi (OeBS)**. Es datiert vom 14. Januar 02 und hat folgenden Wortlaut:

"Meine berufliche Tätigkeit sowie mein grosses Engagement für den Turnsport lassen sich leider in Zukunft nicht mehr mit meinem politischen Mandat unter einen Hut bringen. Aus diesen Gründen gebe ich Ihnen hiermit meinen Rücktritt aus dem Grossen Stadtrat per Ende Februar 2002 bekannt.

Ich möchte mich bei allen für die interessante Ratszeit bedanken. Dem Verein Schaffhauser Freizeitzentren, in welchem ich durch den Grossen Stadtrat als Vorstandsmitglied vertreten war, wünsche ich für die Zukunft alles Gute."

Die Würdigung der Tätigkeit von GrSR Ceppi erfolgt an der Ratssitzung vom 19.02.02.

Wechsel im Fraktionspräsidium der SP:

Neue Fraktionspräsidentin ist ab sofort anstelle von Bea Hauser **Esther Bänziger**.
Das Vizepräsidium übernimmt Urs Tanner.

Neu eingegangene Geschäfte: Keine

Beantwortet wurden vom Stadtrat folgende **Kleine Anfragen**:

mit Datum vom 18. Dezember 2001:

16 Oskar Christian Brütsch (FDP) *Kehrichtdeponie und verschmutzte Gehsteige vom 30.09.01* und

mit Datum vom 8. Januar 2002:

13 Thomas Hauser (FDP) *StadtschaffhauserInnen und die AXPO vom 25.08.01.*

Stadtpräsident M. Wenger entschuldigt sich für die verspätete Beantwortung der Kleinen Anfrage Th. Hauser. Der SR beabsichtigte, in die Antwort auch die Ergebnisse der laufenden Verhandlungen mit dem Kanton bzw. mit dem EKS bezüglich eines möglichen Zusammengehens beider Werke einfließen zu lassen. Da diese Verhandlungen noch nicht abgeschlossen werden konnten, hat sich der SR auf die nun vorliegende Antwort beschränkt. Das Parlament wird jedoch über die Ergebnisse unterrichtet werden.

Weiter liegen auf den Pulten folgende Papiere auf:

- Aktuelles Mitgliederverzeichnis GrSR
- Sitzplan (Spiegel) GrSR

Von der GPK verhandlungsbereit wird folgendes Geschäft gemeldet:

**11.12.01 VdSR - Kieswerk Solenberg AG, GB Nr. 3930,
Neue Nutzungs- und Abbauverträge**

Dieses Geschäft wird auf Wunsch der GPK als Punkt 1 auf die Traktandenliste der Sitzung vom 19. Feb. 02 gesetzt.

PROTOKOLL

Die Protokolle Nr. 17/18 der Doppelsitzung vom 11. Dezember 2001 sowie Nr. 19 vom 18. Dezember 2001 wurden durch das Büro auf dem Zirkulationsweg per 24. Dezember 2001 genehmigt. Anschliessend wurden sie frei gegeben zur Aufschaltung im Internet. Die Protokolle liegen heute beim Ratssekretär zur Einsichtnahme auf.

TAGESORDNUNG

Die Traktandenliste zur heutigen Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt.

Auf Wunsch des Stadtrates beantragt das Büro dem Plenum, die beiden ersten Geschäfte abzutauschen, d.h. neu

1. MOTION Peter Wullschleger (CVP) im Namen der Fraktionsgemeinschaft FDP/CVP u. SVP/EDU -
Gesunde und attraktive Finanzen
2. INTERPELLATION Hans Peter Huber (SVP) -
Alkoholausschank an Jugendliche unter 18 Jahren

Es folgt kein Gegenantrag, somit wird die geänderte Tagesordnung gutgeheissen.

Traktandum 1 MOTION Peter Wullschleger (CVP) im Namen der

Fraktionsgemeinschaft FDP/CVP u. SVP/EDU - Gesunde und attraktive Finanzen

Peter Wullschleger (CVP) Begründung *

"Der Voranschlag 2002 ist beraten, und eigentlich könnte man bis zur nächsten Budgetdebatte zur Tagesordnung übergehen. Die Fraktionsgemeinschaft FDP/CVP und SVP/EDU ist jedoch nicht willens, dies zu tun. Vielmehr macht sie sich Sorgen über die finanzielle Zukunft unserer Stadt, obwohl dies eigentlich nicht nötig sein müsste, heisst es doch im städtischen Leitbild, dass in Schaffhausen ein Steuerklima herrschen soll, in welchem Unternehmen und natürliche Personen attraktive Gegenleistungen der öffentlichen Hand im Rahmen eines ausgeglichenen Budgets erhalten.

Zumindest vom Ziel eines ausgeglichenen Budgets ist die Stadt Schaffhausen gegenwärtig weit entfernt. Und auch die Zukunft sieht in dieser Hinsicht nicht rosig aus, rechnet doch der Finanzplan 2001 bis zum Jahre 2005 mit einem kumulierten Aufwandüberschuss von rund 36 Millionen Franken. Ob für dieses prognostizierte Defizit die BürgerInnen dieser Stadt wenigstens die im Leitbild postulierten attraktiven Gegenleistungen erhalten, ist eine subjektive Angelegenheit und insbesondere auch davon abhängig, wieviel dem Fiskus abgeliefert werden darf.

Ein ausgeglichenes Budget und attraktive Leistungen der öffentlichen Hand sind also Ziele der städtischen Politik. Im Wettbewerb der Standorte um die Ansiedlung neuer Unternehmen ist das eine löbliche Absicht. In der Umsetzung dieser finanzpolitischen Zielsetzung hapert es allerdings beträchtlich. Und ein Ende des Stolperweges ist nicht absehbar. Auf jeden Fall macht der aktuelle Finanzplan der Stadt Schaffhausen keine dahingehende Hoffnung.

Wird dann noch berücksichtigt, dass der im Vergleich zu Schaffhausen schon bisher steuergünstigere Kanton Zürich seine Steuern ebenfalls gesenkt hat und viele Zürcher Gemeinden diesem Beispiel gefolgt sind, wird klar, dass den Schaffhausern finanzpolitisch schwere Jahre bevor stehen. Wo es um die Standortfrage geht, mögen Naherholungsmöglichkeiten, Beschaulichkeit und Lebensqualität durchaus wichtige Faktoren sein; aber erst in Kombination mit Kriterien wie Infrastruktur oder fiskalische Situation werden sie zu ausschlaggebenden Punkten. Selbst ohne noch weitere Aspekte in die Überlegungen mit einzubeziehen, ist der Befund klar: Wenn nicht bald auf breiter Front Massnahmen ergriffen werden, drohen die Finanzen der Stadt Schaffhausen endgültig aus dem Ruder zu laufen.

Um der sich abzeichnenden Misere zu begegnen, genügt es nicht, düstere Finanzpläne aufzustellen, um der Forderung nach Steuersenkungen aus dem Weg zu gehen, die Zentrumsfunktion der Stadt bei jeder Gelegenheit zu bemühen oder sich von den bilateralen Verträgen die Wende zum Besseren zu erhoffen.

Wohlgemerkt: Den Motionären geht es mit dem Vorstoss nicht darum, kurzfristigem Steuerdumping Vorschub zu leisten. Sie möchten aber eine weitere Verschuldung der Stadt im Interesse der finanzpolitischen Nachhaltigkeit nicht mehr hinnehmen, die Verschuldung innert angemessener Frist auf ein vernünftiges Mass reduzieren, um so Spielraum zu schaffen für eine langfristige, spürbare Senkung der Steuern.

Dass ein solches Ziel nur durch eine proaktive und parteiübergreifende Finanzpolitik erreicht werden kann, ist einleuchtend. Aber gerade in dieser Hinsicht liess es der Stadtrat an Themenführerschaft vermissen, weshalb es dann für gewisse ausserparlamentarische Exponenten der Schaffhauser Politik ein Einfaches war und ist, durch populistische Forderungen für Verärgerung bei der Exekutive zu sorgen. Die Motionäre anerkennen, dass die Aufgabe, die städtischen Finanzen auf Vordermann bzw. Vorderfrau zu bringen, nicht einfach ist. Zu gross sind Partikularinteressen und die Erwartungen der einzelnen BürgerInnen. Das hat die letzte Budgetdebatte einmal mehr gezeigt. Diese Schwierigkeiten entbinden den Stadtrat indessen nicht davon, klare finanzpolitische Ziele zu setzen und einen umfassenden Massnahmenkatalog zu deren Erreichung auszuarbeiten.

Trügerisch wäre es, anstelle von proaktivem Handeln auf die Segnungen der eidgenössischen Steuerharmonisierung mit entsprechendem Finanzausgleich oder auf die wirkungsorientierte Verwaltung zu hoffen. Bis die Steuerharmonisierung kommt, wird der Rhein noch manches Hochwasser erleben, wenn sie politisch überhaupt realisiert werden kann. Ohne tiefgreifende Reform der eidgenössischen und kantonalen Strukturen dürfte dieses Geschäft nämlich nicht über die Bühne gehen. Jedenfalls ist nicht einzusehen, weshalb finanzstarke Kantone, die über eine schlanke Verwaltung verfügen, andern Kantonen mit einem "Verwaltungsoverhead" unter die Arme greifen sollten. Mit der Diskussion um die Steuerharmonisierung dürfte mit grosser Wahrscheinlichkeit der Föderalismus in seiner heutigen Form in Frage gestellt und die Regionalisierung von öffentlichen Aufgaben zur Forderung werden. Und auch die flächendeckende Einführung der wirkungsorientierten Verwaltung in der Stadt Schaffhausen ist nicht das erhoffte Rezept zur Gesundung der öffentlichen Finanzen. Der Stadtrat hat zu oft betont, dass es sich beim New Public Management nicht um eine Sparvorlage handle. Der weisse Ritter, der sich unserer Finanzsorgen annimmt, ist also weit und breit nicht zu sehen. Wir müssen das Heft selber in die Hand nehmen und ein langfristig wirksames Gesamtkonzept entwerfen, wollen wir verhindern, dass die nächsten Budgetdebatten nicht weiterhin ein Marktplatz von Kuhhändeln zwischen einzelnen Interessengruppen bleiben.

Die unbefriedigende Finanzlage der Stadt Schaffhausen hat verschiedenste Ursachen. Dieser Komplexität trägt die Motion Rechnung. Sie berührt diverse Themen, die miteinander verknüpft sind. Steuern senken zu wollen in einer Zeit, in welcher für Bildung, Fürsorge und Modernisierung sowie Unterhalt der Infrastruktur mehr Mittel benötigt würden, ist letztlich nur möglich, wenn mehr Einnahmen generiert werden oder die Verwaltung im grossen Stil Synergien nutzt und Einsparungen erzielt. Und einmal mehr heisst die Devise: Das eine tun und das andere nicht lassen. Der Grosse Stadtrat kann auf der Einnahmeseite bis auf den Beschluss unerwünschter Erhöhungen von Steuern oder Gebühren wenig bewirken. Demgegenüber hat er auf der Ausgabeseite als Verwaltungsrat des Unternehmens „Städtische Verwaltung“ mehr Einflussmöglichkeiten. Im Sinne dieses Aufgabenverständnisses möchten die Motionäre den Stadtrat beauftragen, Strategien, Konzepte und Massnahmen zu entwickeln, mit welchen die in der Motion umschriebenen Ziele - Senkung der Verwaltungskosten um mindestens 10 %, Abbau der ungedeckten Schuld innert 15 Jahren und spürbare Steuersenkung - erreicht werden können.

Die Motionäre sind sich bewusst, dass ein solcher Zielkatalog nebst Einsparungen im Einzelfall ohne umfassende Reform der heutigen Stadtverwaltung kaum verwirklicht

werden kann. Der Stadtrat wird sich also fragen müssen, ob die Verwaltung die richtigen Dinge richtig tut. Es gilt Angebot und Umfang der Leistungen der öffentlichen Hand sowie die Art der Finanzierung zu hinterfragen. Auch die Organisation der Leistungserbringung bis hin zur Zusammenlegung von Verwaltungseinheiten innerhalb der Stadt, mit solchen des Kantons oder anderer Gemeinden müssen ein Thema sein. Bei der Ausarbeitung des Masterplans möchten die Motionäre dem Stadtrat bewusst Handlungsspielraum lassen, was mit der WOV-Philosophie im Einklang steht und ihm die Möglichkeit einräumt, seine strategische Führungsrolle wahrzunehmen.

Auf eine Feststellung legen wir besonderen Wert: Der Vorstoss richtet sich nicht gegen das städtische Personal. Die Motionäre wissen sehr wohl, dass die städtischen Angestellten grundsätzlich mit grossem Engagement bei der Sache sind und die Ausnahmen wie andern Orts die Regel bestätigen. Das Problem ist vielmehr ein fundamentales: Verwaltungsaufgaben sind auf Dauer ausgelegt, meistens durch entsprechende Gesetze reglementiert und deshalb relativ veränderungsresistent. Viele Strukturen und Prozesse innerhalb der Verwaltung sind deshalb vermutlich nicht optimal. Zudem zwingt die Anspruchsgesellschaft die öffentliche Hand zur Übernahme von immer mehr Aufgaben, ohne dass dort, wo ein geringerer Bedarf besteht, entsprechend abgebaut wird. Es dürfte für den Stadtrat lohnend sein, sich mit den Chefbeamten über diese Sicht der Dinge auseinanderzusetzen und sie in den Optimierungsprozess einzubinden.

Abschliessend noch einige Bemerkungen zu den Forderungen der Motion im Einzelnen:

- Der Vorstoss verlangt eine Senkung des Steuerfusses, wobei der Umfang bewusst offen gelassen wird. Dass er jedoch konkurrenzfähig sein und sich an der steuergünstigen Nachbarschaft orientieren muss, ist gegeben.
- Um zu verhindern, dass steigende Kapitalmarktzinsen zu einer unverantwortlich hohen Zinsbelastung führen, muss eine weitere Neuverschuldung verhindert werden. Durch den Abbau der ungedeckten Schuld soll zudem Raum für zukünftige Neuinvestitionen geschaffen werden.
- Damit die Mittel für Investitionen überhaupt zur Verfügung stehen, muss die heutige Ausgabenstruktur grundlegend überarbeitet werden. Die geforderte Reduktion der Verwaltungskosten um mindestens 10 % trägt diesem Umstand Rechnung. Einsparungen in dieser Grössenordnung beim Sach- und Verwaltungsaufwand entsprechen ca. 12 Millionen Franken, was beispielsweise erlauben würde, jährlich 5 Millionen zur Schuldentilgung oder für Investitionen aufzuwenden, und die Steuern um 7 bis 8 Punkte zu senken.

Beim vorliegenden Vorstoss handelt es sich letztlich um den Ausgangspunkt einer stadträtlichen Effizienzvorlage, mit welchem die Motionäre ein Zeichen setzen möchten. Mit der Motion soll deutlich gemacht werden, dass die Stadt Schaffhausen über Parteigrenzen hinaus bereit ist, Probleme anzupacken und dabei neue Wege zu beschreiten bzw. nicht davor zurück schreckt, alte Zöpfe abzuhauen. Ein erstes Zeichen in diese Richtung können Sie setzen, indem Sie die Motion erheblich erklären.

Sollte es dann noch gelingen, durch eine professionelle Diskussion der stadträtlichen Vorschläge eine tragfähige Basis zur dauerhaften Gesundung und Attraktivität der Stadtfinanzen zu finden, dann wäre das Standortmarketing erster Güte und würde Wirtschaftsförderung und Wohnortmarketing erheblich erleichtern."

SR Veronika Heller Antwort des Stadtrates *

"Die Motion der Fraktionsgemeinschaft von FDP/CVP - SVP/EDU, mit dem Erstunterzeichner Peter Wullschleger, trägt das Datum vom 25. Juni 2001. Ich werde Ihnen jetzt nicht den ganzen Motionstext noch einmal vorlesen. Ich gehe davon aus, dass Sie den Text vor sich haben.

Die 4 Punkte, zu welchen die Motionärinnen und Motionäre vom SR Bericht und Antrag wünschen, werde ich aber gleichwohl nochmals erwähnen, damit Ihnen bewusst ist, was verlangt wird:

1. *Senkung des Steuerfusses*
2. *Massnahmen zur Verhinderung der Neuverschuldung*
3. *Vorgehen beim Abbau der ungedeckten Schuld*
4. *Strukturreform der öffentlichen Verwaltung mit dem Ziel, die Verwaltungskosten um mindestens 10 % zu reduzieren.*

Damit verlangen die MotionärInnen eigentlich nichts weniger, als dass der Stadtrat nun endlich das Problem der Quadratur des Kreises löse - es ehrt uns, dass Sie uns das zutrauen!

Einleitend stelle ich im Namen des Stadtrates fest, dass dieser sich alle vier aufgeworfenen Fragen bereits mehrfach gestellt, zum Teil auch ausführlich beantwortet hat - und vom Parlament allerdings nicht immer die gewünschte Unterstützung erhielt, sofern diese Vorschläge überhaupt zur Kenntnis genommen wurden.

Es geht jedoch nicht in erster Linie um eine "Neuausrichtung der Finanzpolitik", wie einleitend von den MotionärInnen behauptet wird, es geht vielmehr in erster Linie insbesondere darum, folgendes zur Kenntnis zu nehmen:

"Schaffhausen - eine Stadt zum Hinfahren, zum Wohnen, zum Arbeiten, aber auch ein Ort, wo man das Leben geniessen kann; ein 'kleines Stück Welt'. Tragen wir Sorge dazu und helfen wir mit, dass unsere Stadt ihre Stärken auch in der Zukunft entwickeln kann (..). "

Sie sehen, auch ich habe das Leitbild bemüht. Wir sind im Besitz dieses Leitbildes seit Sommer des letzten Jahres, und wir tun gut daran, es immer wieder anzuschauen, damit der textliche Inhalt entsprechend in unser Bewusstsein eindringt.

Die "Finanzen" kommen im Leitbild nicht vor. Das ist für ein Leitbild auch überflüssig. Erstens sind sie ohnehin überall und zweitens sind sie kein Selbstzweck, sondern ein Mittel zum Zweck, um die gesteckten Ziele zu erreichen. Einige wichtige Ziele, bei denen gesunde und attraktive Finanzen hilfreich, wenn nicht unerlässlich sind, **sofern auch das Umfeld stimmt**, möchte ich Ihnen kurz in Stichworten angeben:

- die Stadt als eigenständiges Gemeinwesen wieder zur Hauptstadt dieses Kantons zu machen, die sie bis Ende der 70er-Jahre war;
- die Anbindung der Stadt an den regionalen, überregionalen und internationalen Verkehr zu erhalten und auszubauen;
- den Wirtschaftsstandort Stadt zu stärken und diese Stärken auch bekannt zu machen;
- für die zentralörtlichen Leistungen der Stadt, unter angemessener Berücksichtigung des damit erreichten Nutzens, mit den Instrumenten des kantonalen Finanzausgleichs eine faire Abgeltung zu erhalten.

Die Motion wurde vor den Sommerferien des letzten Jahres eingereicht. Seither hat sich, Sie wissen es, sehr viel geändert - in der Welt, in Europa, in der Schweiz und auch in Schaffhausen:

- im Herbst 2001 jagte eine Katastrophe die andere;
- die Konjunktur, die schon vor den Sommerferien nur noch verhalten optimistisch beurteilt wurde, brach vollends ein;
- zahlreiche Zinssenkungen folgten in den USA, einige wenige auch in Europa und in der Schweiz;
- die Wirtschaft - weltweit und hier - ist auf dem besten Weg, in eine weitere Rezession zu schlittern, bevor sie sich von der lange andauernden der 90er Jahre auch nur annähernd erholt hat;
- die Arbeitslosigkeit war Ende Dezember 2001 mit 2,5 % in der Stadt die höchste des ganzen letzten Jahres, im Kanton mit 2,0 % wieder so hoch wie im Januar 2001;
- eine gute Sozialpolitik ist die beste Sicherheitspolitik - dass hier bezüglich Integration noch einiges zu tun bleibt, ist offensichtlich. Sobald wir Lösungen in einem Bereich gefunden haben, tauchen neue Probleme anderswo auf, bevor die Lösungen umgesetzt sind:
 - die Sorgen der Bewohnerinnen und Bewohner der Altstadt, die unter Gewalttätigkeit und Vandalismus zu leiden haben, teilt der Stadtrat und bemüht sich auch hier um Lösungen;
 - die zum Teil erschütternden Begleitumstände im Zusammenhang mit dem Brand im Birch haben auch hier deutlich Handlungsbedarf gezeigt; unser ganz herzlicher Dank geht an alle, die dazu beigetragen haben, eine Eskalation zu vermeiden;
 - die grösste Wirkung würde allerdings die Hilfe vor Ort in Krisen- und/oder Kriegsgebieten bringen und wir vielleicht doch zur Erkenntnis kommen, dass wir, ob es uns passt oder nicht, auch zu einem Einwanderungsland geworden sind - was wiederum davon abhängt, wie einsichtig in diese Zusammenhänge die Mitglieder des eidgenössischen Parlamentes sind.

Neben all diesen stetig zunehmenden An- und Herausforderungen an die Stadt, dem sie als Gemeinwesen auch so weit wie möglich gerecht zu werden hat, stehen weitere Ansprüche und Forderungen - meist schon ultimativ - im Raum, wie die nun folgende Aufstellung zeigt, die ihrerseits keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt:

- Halle Schweizersbild (Vergrösserung der bisherigen oder zusätzliche neue Baute)
- Abdeckung Freibad KSS (Schwimm-Club)
- Halle für die Eisbahn (sobald der Ballon nicht den Geist, aber die Spannung aufgibt)
- Zentrum Herblingen
- Verkehr - der öffentliche und der private, denn
 - der Galgenbucktunnel, so er denn käme, würde - so bin ich bis zum Beweis des Gegenteils überzeugt - die Verkehrsprobleme von Neuhausen in die Stadt verlagern und
 - eine grössere Erschliessung im Mühlental (Stichwort: Stahlgießerei) würde einen markanten Ausbau der Linie 8 erfordern;
- Vorinvestitionen im Bereich Bushof (Landhuus/Bleiche) und Verlegung desselben an die Bahnhofstrasse.

Alle diese Wünsche werden Investitionen oder Investitionshilfen der öffentlichen Hand auslösen, welche die kommenden Budgets der Stadt bereits heute mehr als auslasten, bzw. ganz klar die **wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Stadt übersteigen**.

Es wird also nötig sein, **Prioritäten** zu setzen. Wir freuen uns jetzt schon, wenn Sie uns dabei unterstützen.

Auf einige der angesprochenen Punkte komme ich bei der Stellungnahme zu den Begehren 1 - 4 der Motion zurück.

Zu den einzelnen Anliegen:

1. Senkung des Steuerfusses

Der Motionär hat angeführt, der Umfang sei bewusst offen gelassen worden. Das ist grosszügig. Ich erinnere Sie daran, dass der Stadtrat vor nicht allzu langer Zeit zur Volksinitiative "Flexibilisierung des Steuerfusses" Ja gesagt und dieses JA auch dem Parlament und dem Volk empfohlen hat. Der Stadtrat hat damit wesentlich zum Erfolg in der Volksabstimmung beigetragen.

Mit dem Budget 2002 hat der Stadtrat, welcher dies schon im Frühling 2001 signalisiert und in die Diskussion gebracht hat, eine Senkung des Steuerfusses um 3 Punkte vorgeschlagen. Dies vor dem Hintergrund der aktuellen Situation, die uns bis frühestens im Spätsommer 2002 keine zuverlässige Prognose über die zukünftigen Steuereinnahmen aufgrund des neuen Steuergesetzes erlaubt.

Der Grosse Stadtrat ist dem Stadtrat hier gefolgt und hat das Budget in der Schlussabstimmung mit 45 : 1 Stimme genehmigt.

Mehr als diese Reduktion des Steuerfusses um 3 Punkte - von 112 auf 109 % - kann heute nicht verantwortet werden.

Für das Personal hat der Grosse Stadtrat eine Realloohnerhöhung um 1,5% für 2002 beschlossen. Für das Personal freut mich das, auch wenn dadurch entgegen der Absicht des Stadtrates eine Diskrepanz zum Kanton entstanden ist. Aber ohne motiviertes Personal können auch Ihre stets steigenden Ansprüche, meine Damen und Herren, seitens der Verwaltung nicht oder nicht mehr so schnell erfüllt werden. Der Motionär hat den Personalaufwand angesprochen; ich habe diesen zusammenstellen lassen. Ich kann Ihnen sagen, dass der Personalaufwand seit 1996 immer zwischen 78 und 86% - verglichen mit den Steuereinnahmen - osziliert. Einzig 1997 war er um einiges höher, weil damals die Steuereinnahmen um 7 Mio Franken zusammengebrochen sind. Hier sehe ich absolut keine bedrohliche Entwicklung.

Sollten sich im Jahre 2003 die Steuereinnahmen auf höherem Niveau als bisher stabilisieren, so will der Stadtrat ein weiteres Entgegenkommen nicht "a priori" ausschliessen. Es müssten jedoch vorher noch diverse, andere Rahmenbedingungen zum Stimmen gebracht werden.

Nun, mittlerweile ist das Steuerfussreferendum zustande gekommen. Der Stadtrat ist nach wie vor und ganz dezidiert der Meinung, ein **Steuerfuss von 109 % sei richtig**, aber am Limit dessen, was im jetzigen Zeitpunkt verantwortet werden kann. Das Referendum ist jedoch eine ganz ausgezeichnete Gelegenheit, einer breiteren Öffentlichkeit die Finanzpolitik des Stadtrates darzulegen und, davon sind wir überzeugt, an den Abstimmungserfolg von 1995 anzuknüpfen. Letzteres wird uns allerdings nur dann gelingen, wenn die Mitglieder des Parlamentes im allgemeinen und diejenigen der GPK im besonderen, sich - wie 1995 - ebenfalls ins Zeug legen. Die Medienkonferenz des Stadtrates zum Steuerfussreferendum findet morgen Vormittag statt.

Ziffer 1 der Motion ist von Seiten des Stadtrates für das laufende Jahr erfüllt. Formell kann aufgrund der gesetzlichen Vorgaben auf Kantonsebene der Steuerfuss nicht "auf Vorrat" festgesetzt werden - sondern nur in Kenntnis des massgebenden Budgets für ein bestimmtes Jahr. Eine Erheblicherklärung dieses Punktes der Motion hat demzufolge Null Folgen."

An dieser Stelle erinnert die Finanzreferentin an Folgendes:

"Die Revision des Steuergesetzes hat auf kantonaler und auf städtischer Ebene eine Entlastung von je 4 Punkten gebracht, was 8 Punkte ergibt. Ich habe dies nochmals nachgerechnet - es stimmt. Die Senkung des Steuerfusses beim Kanton und bei der Stadt um je 3 Punkte ergibt weitere 6 Punkte. Dies ergibt im Vergleich mit dem Jahr 2000 eine Entlastung der Steuerpflichtigen um 14 Punkte. Die einzigen, welche nicht in diesem Ausmass entlastet werden, sind die RentnerInnen. Das ist nicht zu vermeiden und kann von uns auch nicht beeinflusst werden. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dies zur Kenntnis nehmen würden.

2. Massnahmen zur Verhinderung der Neuverschuldung

Schon anfangs 2000 hat der Stadtrat auf meinen Antrag einen umfassenden Massnahmenkatalog ausgearbeitet, diesen dem Parlament auch zur Kenntnis gebracht - seine Anstrengungen sind vorerst einmal damit belohnt worden, dass dieses Parlament in der Budgetdebatte im Dezember 2000 mit dem Begehren um sofortige Renovation der Turnhalle Buchthalen die Investitionsausgaben um eine halbe Million erhöhte!

Der Finanzplan 2001 ist Ihnen mittlerweile zugestellt worden. Er sieht nicht viel besser aus, als derjenige vom Herbst 1999 oder von 1996 - aber auch nicht viel schlechter. Er zeigt aber auch mehr als deutlich auf, was geschehen könnte, wenn nichts unternommen wird, bzw. was zu tun ist. Dessen ist sich der Stadtrat bewusst.

Die Verhinderung der Neuverschuldung ist, bei deren heutigem Stand, ohnehin eine Daueraufgabe; aber nicht nur des Stadtrates, auch des Parlamentes. Was die laufende Rechnung anbelangt, so sind 80 bis 90% unserer Ausgaben durch gesetzliche Vorgaben oder frühere Beschlüsse des Volkes oder des Parlamentes bereits bestimmt und jedem späteren Einfluss entzogen. Bei den Investitionen wäre der Spielraum etwas grösser, wenn alle zur Einsicht gelangten und dann auch nach dieser Einsicht handelten, dass wir uns ohne Neuverschuldung höchstens rund 7 Millionen/Jahr leisten können. Im Moment sind es, wegen der laufenden unaufschiebbaren Sanierung der "Röti" weniger als die Hälfte dieser 7 Mio/Jahr.

Die Stadt hat sich in den 90er Jahren im Investitionsbereich **antizyklisch** und damit **richtig** verhalten. Jetzt müssen die Privaten diese Aufgabe vermehrt wieder übernehmen. Dies auch deshalb, weil es leider in unserer Stadt keine sogenannte "Eigenkapital-Kultur" gibt.

Es sind gar keine Reserven vorhanden, die in allfälligen späteren, wiederum schlechteren Zeiten, dasselbe antizyklische Investieren ermöglichen würden. Unsere "Partnerstädte" St. Gallen, Winterthur und Zug weisen Eigenkapitalkonti auf, die z.B. in Zug bis zur Höhe eines jährlichen Haushalts-Etats gehen. Bei uns wären das gut 180 Mio. Ich wäre jedoch auch mit einem Viertel zufrieden.

Schaffhausen verfügte früher über ein sog. "Ausgleichskonto". Das hatte ungefähr das Gewicht einer Rabattmärkli-Kasse. Nur weil das Konto nun "Eigenkapital-Konto" heisst, hat seine Bedeutung in den Köpfen, vor allem in den Köpfen der Parlamentsmitglieder, noch keine Aufwertung erfahren. In relativ guten Zeiten Reserven in Form von ausgewiesenem Eigenkapital zu bilden, wird verwehrt (vgl. Ziffer 1 der Motion). Aber immerhin - da komme ich zum Argument des Motionärs, wir seien vom Ziel eines ausgeglichenen Budgets weit entfernt - wies diese "Rabattmärkli-Kasse" Ende 2000 noch einen Bestand von 400'000 Franken auf. So weit sind wir nicht davon entfernt.

Wahrscheinlich geschieht aber die Tatsache, dass wir keine Reserven bilden können, im Ungeist derjenigen, welche die Stadt immer noch zum Verschwinden bringen, bzw. wenn ihnen das nicht gelingt, die Stadt möglichst schwach sehen möchten. Nur Basel-Stadt ist Kanton und Hauptstadt zugleich. Das hat historische Gründe. Sonst war bisher keine Kantonshauptstadt so dumm, sich selber abzuschaffen und ihrer Bevölkerung von der - im helvetischen Staatswesen mit allen drei Ebenen verankerten - Struktur, die mittlerweile sogar Eingang in die Bundesverfassung gefunden hat (Art. 50 BV), ausgerechnet die kommunale, bürgernahe Ebene zu entziehen.

Im Sinne der Daueraufgabe und des vom Kanton vorgeschriebenen an sich weisen "ausgeglichenen Haushalt" werden wir Ihnen auch dazu Bericht und Antrag unterbreiten können. Für heute heisst das in Stichworten:

- Verzicht auf alle (nur) wünschbaren Investitionen, wobei der Stadtrat bereits massive Reduktionen vorgenommen hat;
- Devestitionen gemäss aktualisiertem Massnahmenplan des Stadtrates vom 29. März 2001 (Klausurtagung);
- Einführung der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WoV); das ist wirklich keine Sparmassnahme, sondern ein Instrument zur **Optimierung der Verwaltungsführung**, das uns ermöglichen sollte, die erhöhten Anforderungen der Zukunft auch effizient zu bewältigen;
- Objektsteuer bei grossen neuen Investitionen;
- erhöhte Steuereinnahmen durch Wirtschaftsförderung und Wohnort-Marketing (da sind auch bereits gewisse Erfolge zu verzeichnen);
- Investorenanreize schaffen für Engagement Privater in Dienstleistungsflächen (neue Bauordnung/Zonenplan);
- Verbesserung der Infrastruktur für Neuansiedlungen (z. B. im Zentrum Landhuus, Bleiche, Pfarrhof, Schifflande mit Güterhof und Fischerhäuserberg usw.);
- Verbesserung der Verkehrssituation (regional, überregional und international) in Zusammenarbeit mit dem Kanton.

3. Vorgehen beim Abbau der ungedeckten Schuld

Greifen die erwähnten Massnahmen des Stadtrates, verbessern sich dadurch die Rahmenbedingungen (Bevölkerungswachstum, Ansiedlung neuer Betriebe usw.), und erlaubt es die WoV, zu einer effizienteren Verwaltungsführung zu gelangen, so müssen wir vor allem bei den Investitionen masshalten, um die Verschuldung abzubauen.

Die ungedeckte Schuld kann nur abgebaut werden, wenn der Selbstfinanzierungsgrad über 100 gebracht werden kann. Das bedeutet, dass die Investitionen massiv reduziert werden müssen, die Steuereinnahmen stabil bis besser werden, und erhöhte Abschreibungen möglich sind. Zudem müssen die Liegenschaften vermehrt als bisher kostendeckend bewirtschaftet werden. Der Stadtrat hat dazu die nötigen Aufträge erteilt und erwartet bis Ende Juni 2002 entsprechende Vorschläge.

Pro memoria, einmal mehr - wegen der Turnhalle Buchthalen: jede Investition belastet immer, und das jahrelang, auch die Laufende Rechnung (Verzinsung, Abschreibungen).

Schon jetzt werden alle Überschüsse zur Schuldenreduktion genutzt, nur wären wesentlich grössere Überschüsse notwendig, damit dies auch nach aussen sichtbar wird.

Auch dieser Bereich sollte mit vereinten Anstrengungen zu schaffen sein. Da freue ich mich auf die Unterstützung durch das Parlament. Oder anders gesagt: Wenn auch Sie, meine Damen und Herren, bereit sind, Ihre Ansprüche und diejenigen Ihrer Wählerinnen und Wähler den finanziellen Möglichkeiten der Stadt anzupassen, dann werden wir es schaffen.

Sie sehen, bei den ersten drei Ziffern (abgesehen davon, dass die erste keinerlei Wirkung zeitigt), hat der Stadtrat keine Probleme, die Motion entgegenzunehmen. Ganz anders sieht es jedoch aus bei

4. Strukturreform der öffentlichen Verwaltung mit dem Ziel, die Verwaltungskosten um mindestens 10 % zu reduzieren.

Der grösste Reformprozess, der in den letzten Jahrzehnten eingeleitet worden ist, ist die WoV. Mit der Gesamteinführung von WoV wird der Grundstein für eine Optimierung der Verwaltungstätigkeit gelegt. Der Lenkungsausschuss hat kürzlich den Schlussbericht beraten, dieser wird nun unter Einbezug kritischer Ergänzungen bereinigt. Am 13. Februar 2002 wird sich der Steuerungsausschuss treffen, ab 19. Februar liegt die Vorlage auf dem Tisch. Am 26. Februar 2002 wird die kontradiktorische Veranstaltung stattfinden. Ob diese tiefgreifende Strukturreform dann Ihre Gnade findet, darauf bin ich auch gespannt.

Was die MotionärInnen unter "Verwaltungskosten" verstehen, habe ich gehofft, dass dies vielleicht mit der Begründung der Motion klar wird. Ich habe aber nur gehört, dass es darum geht, 12 Mio Franken einzusparen. Wo dies geschehen soll, haben Sie nicht gesagt.

Ich habe bereits ausgeführt, dass Parlament und Stadtrat auf rund 80 - 90% der Aufgaben gar keinen Einfluss (mehr) haben. Diese Aufgaben erfüllt aber nicht der heilige Geist. Mit diesem "Spielraum", der keiner ist, ist eine derartige Reduktion bei den Personalkosten unrealistisch. Die Vorlage des Stadtrates zum Stellenplan liegt seit Monaten bei der GPK mit bürgerlicher Mehrheit. Mehr sage ich dazu gar nicht.

Froh ist der Stadtrat, dass die GPK wenigstens die ausgezeichneten Leistungen unseres Controllings zu würdigen weiss. Als ich jedoch im letzten Budget eine zweite Controlling-Stelle vorsah, weil in vielen Bereichen wirtschaftlicher gearbeitet werden könnte, wenn sich jemand auch tatsächlich um die Kostenseite kümmert und zwar **solange projektbegleitend Interventionen möglich sind und nicht erst post festum**, wurde die Stelle von der GPK wieder gestrichen, mit der Begründung, das würde man dann im Zusammenhang mit WoV nochmals anschauen. Eine zweite Controlling-Stelle würde die Kosten, die sie verursacht, x-fach wieder einbringen. Weshalb die GPK das nicht einsehen wollte, ist nicht nachvollziehbar.

Bei den Sachkosten bewegt sich die Stadt immer noch auf dem Niveau von 1996. Da ist ebenfalls kein Spielraum ersichtlich.

Deshalb bittet der Stadtrat die MotionärInnen, Punkt vier in ihrer Motion zu streichen. Es hat wirklich keinen Sinn, den Stadtrat bzw. die Verwaltung mit Aufträgen einzudecken, von denen im vornherein klar ist, dass sie so nicht erfüllt werden können - es sei denn, Sie, meine Damen und Herren, reduzieren Ihre Ansprüche, auch was die zeitliche Belastung von Exekutive und Verwaltung anbelangt, ebenfalls um 10 %.

Nun gehe ich noch auf ein paar Argumente des Motionärs ein; ich habe seine Begründung nicht vorgängig erhalten. Der Vergleich mit dem Kanton Zürich hinkt. Zum ersten, weil man nicht nur den Steuerfuss vergleichen darf. Einer meiner Chefbeamten hat - ohne dass ich ihm dazu den Auftrag gab - für sich persönlich ausgerechnet, welche finanzielle Auswirkungen es hätte, wenn er und seine Frau in einer der umliegenden Gemeinden den Wohnsitz nehmen würde. Er hat festgestellt, nach einem Umzug wären 2 Autos nötig, die Liegenschaften- und Landpreise wären höher, wenn sie Kinder hätten, wären die Schulen teurer, weil ab einem gewissen Alter das gewünschte Schulangebot nicht mehr vorhanden wäre und die Kinder nach Schaffhausen, Winterthur oder Zürich ausweichen müssten. Er ist daher zum Schluss gekommen, dass unter dem Strich keine grosse Differenz feststellbar wäre. Das ist die eine Seite. Die andere Seite ist die, dass der Kanton Zürich eine ganz andere Struktur als der Kanton Schaffhausen aufweist. Der Kt. ZH hat einen innerkantonalen Finanzausgleich, der diesen Namen verdient. Bei uns ist er nicht das Papier wert, das benötigt wurde, diesen festzuschreiben. Dort können Sie anders strukturieren. Sie wissen, alle die Gemeinden, denen es so gut geht, und die laufend den Steuerfuss gesenkt haben, bekommen Finanzausgleich in Hülle und Fülle. Wenn wir also nur den Steuerfuss zum Vergleich heranziehen, so hinkt das. Das bringt es nicht. Die 14 Punkte steuerliche Entlastung, welche ich erwähnt habe, sind nicht nichts.

Dann haben Sie Worte wie Misere und Stolperweg, Finanzplan ohne Hoffnung gebraucht. Da muss ich dem Motionär den Vorwurf machen, dass er einerseits auch in diese Klagelaute einstimmt, welche wirklich nichts bringen, und sich andererseits - was den Finanzplan anbetrifft - offenbar die Mühe nicht genommen hat, die früheren Finanzpläne auch anzuschauen, wo man ganz klar sieht, dass der Finanzplan nie das ist bzw. war, was nachher als Budget und schon gar nicht als Rechnungsergebnis präsentiert wurde.

Weiter hat der Motionär die Regionalisierung öffentlicher Aufgaben als Anregung angeführt. Das wird zum Beispiel beim Zivilstandsamt gemacht. Ich habe gehört, dass inzwischen auch die Stadt Stein am Rhein eingesehen hat, dass sie das notwendige 40%-Pensum für diesen Bereich nicht zusammen bringt und eine Zusammenlegung in Schaffhausen wohl die Folge sein wird. Wir haben bezüglich der regionalen Zusammenarbeit eine ganze Reihe von Beispielen: SH Polizei, Finanzkontrolle, KSD usw. Es ist nicht so, dass hier nichts gemacht wurde. Es wurde ziemlich viel getan. Eine kommunale, städtische oder kantonale Verwaltung ist keine Unternehmung. Es sind nicht die gleichen Spielregeln und nicht die gleichen Aufgaben wie in einem Privatbetrieb. Was wir uns aber sparen können, wenn wir das vergleichen, wir benötigen keine Akquisitionsabteilung, bei uns kommt die Arbeit automatisch.

Strukturreformen im allgemeinen und was den Föderalismus anbetrifft, so ist dies keine Sache der kommunalen Ebene. Das spielt sich viel weiter oben ab. Da müssen wir wahrscheinlich mehr als in Jahrzehnten rechnen, wenn man hier grundlegend etwas ändern sollte. Vielleicht täusche ich mich aber auch.

Dass die Budgetdebatten ein Marktplatz für Kuhhandel seien, das haben Sie gesagt, ich habe es jedoch gehört. Es ist ein schöner Ausdruck, ich werde Sie anlässlich künftiger Budgetdebatten wieder daran erinnern.

Ich bin aber überzeugt, dass Sie dies auch mit WoV in diesem Spannungsfeld "Was ist wünschbar, was ist wirklich notwendig?" auf absehbare Zeit nicht werden ändern können. Es wird immer wieder Sachen geben - sei es die Fertigstellung eines Trottoirs für 40'000 Franken oder sonst irgend etwas - die irgend jemandem aus irgend einem Grund am Herzen liegen und womit es ein Ratsmitglied fertig bringt, das Parlament damit eine halbe Stunde zu beschäftigen.

Bezüglich der umfassenden Reform der Stadtverwaltung sind wir auf dem besten Weg, Ihnen den Ball zuzuspielen. Sie werden bald im Besitz der entsprechenden Vorlage sein. Dann werden wir sehen, wie gross die Reformbereitschaft seitens des städtischen Parlamentes ist.

Schliesslich nehme ich die Blumen für das städtische Personal sehr gerne entgegen; ich werde sie weiterleiten.

Meine Damen und Herren, die Quadratur des Kreises kennen Sie zwar immer noch nicht - ich auch nicht. Aber: Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit."

Peter Wullschleger (CVP) Motionär

"Ich verdanke die Ausführungen der Finanzreferentin. Ich bin mir bewusst, dass es hier in gewissem Sinne um die Quadratur des Kreises geht. Es ist ein hehrer Auftrag, den wir dem Stadtrat erteilen möchten. Wir möchten trotz anders lautender Schlussfolgerung der Finanzreferentin an unserem Begehren festhalten. Wieso versuchen wir nicht einmal, die Quadratur des Kreises zu finden? Die Finanzreferentin kommt mir vor, wie eine Sportlerin, die sagt: "100 Meter in 15 Sekunden kriege ich nie hin, weil es regnet." Die Umstände sind tatsächlich widrig. Aber man wird ein Ziel nie erreichen, wenn man es nicht versucht.

Zu einzelnen Bemerkungen der Finanzreferentin einige Erwiderungen:

Ich möchte vorweg nehmen, dass ich mich auf den Finanzplan 2001 - 2005 gestützt habe. Sollte es einen neueren geben, dann müsste man mir den zuschicken.

Zu Punkt 1:

Die Formulierung "Senkung des Steuerfusses" kann man so durchaus missverstehen. Wenn man aber meinen Ausführungen zugehört hat, dann kommt man zum Schluss, dass ich gesagt habe, es geht letztlich darum, aufzuzeigen, wie man den Steuerfuss in Schaffhausen an das steuergünstigere Umfeld angleichen kann. Man soll sich daran orientieren. Ich habe nicht gesagt, man müsse gleichstellen. Dies lässt dem Stadtrat Möglichkeiten. Die MotionärInnen erwarten nicht, dass Sie uns sagen, wir werden 2004 den Steuerfuss dort haben. Wir haben beispielsweise eine Investitionsplanung, und es wäre durchaus angezeigt, in diesem Zusammenhang eine Steuerfussplanung zu machen. Mindestens schliesst dies das kantonale Steuergesetz nicht aus. Sie wäre ebenso wenig verbindlich wie der Finanzplan. Weitere Steuersenkungen über die jetzt beschlossene hinaus sind ja nicht auszuschliessen. Für die MotionärInnen wäre es interessant, zu hören, wie dies aus Sicht des Stadtrates getan werden könnte. Wenn man von uns konkret die Vorschläge will, dann generieren wir sie schon. Aber wir wollen bewusst dem SR die Führungsrolle überlassen.

Zu Punkt 2:

Ich will die Stadt nicht zum Verschwinden bringen. Das Ziel der MotionärInnen ist das Gegenteil, die Stadt zu stärken. Das Problem ist, dass der Regierungsrat unseren Ausführungen nicht unbedingt folgen möchte. Die Frage ist doch heute - auch wenn Vero Heller sagt, eine öffentliche Verwaltung sei kein Unternehmen; in gewisser Weise ist sie es schon, weil sie Dienstleistungen produziert - wo ist das Kompetenzzentrum für welche Dienstleistung? Hier ist doch nicht ausgeschlossen, dass in einem Kanton in der Grösse von Schaffhausen die Stadt das Kompetenzzentrum sein kann für verschiedenste Dienstleistungen. Ich nenne z.B. das Hochbauamt. Wenn es dann darum geht, dass man sagt, formaljuristisch haben wir ein Problem, weil das Baudepartement des Kantons - sprich der Regierungsrat - Rekursinstanz ist, dann gibt es die Möglichkeit, mit Rekurskommissionen zu arbeiten. Da müssen (kantonale) Gesetze geändert werden. Aber hier gibt es Möglichkeiten, dass man der Stadt den Leistungsauftrag erteilt, für den Kanton Aufgaben zu übernehmen. Es wäre eine politische Aufgabe, dies so anzugehen. Wenn man solche Veränderungen nicht einmal prüfen möchte, dann komme ich wieder auf die Quadratur des Zirkels zurück. Dann muss ich sagen, dass man nicht gewillt ist, die 100 Meter in 15 Sekunden bei Regen zurück zu legen. Aber dann soll man das sagen.

Zu Punkt 3:

Der Feststellung von SR V. Heller, dass für einen Abbau der Verschuldung ein Selbstfinanzierungsgrad von über 100 notwendig ist, kann ich beipflichten. Das ist eine klare finanzpolitische Aufgabe.

Zu Punkt 4: (Strukturreform)

Ich habe mit Freude zur Kenntnis genommen, dass man sagt, WOV sei eigentlich ein solches Programm. Das stimmt, aber es deckt sich nicht mit der Intention der MotionärInnen. Ich persönlich begrüsse WOV. Ich möchte aber einen Schritt weiter gehen. Wenn man weiss, dass eine Motion nicht von heute auf morgen Wirkung zeigt, dann geht es mir darum, den SR einzuladen, sich Gedanken zu machen und Vorschläge zu entwickeln. Wenn wir sagen, das wollen wir nicht, dann kriege ich ein Problem. Wenn wir die Massnahmen endlich beschliessen und sie budgetwirksam werden, wäre das wieder Teil einer Debatte, die nicht heute und hier stattfindet.

Die Finanzreferentin hat in ihrer Stellungnahme erwähnt, dass die Motionäre nicht gesagt hätten, wo gespart werden soll. Ich habe in einem städt. Budget den Personal- und Sachaufwand addiert. Dies ergibt in etwa die Summe von 120 Mio Franken. Wenn es um Details gehen würde, Vero Heller, müssten wir einmal persönlich zusammensitzen. Hier geht es um Grössenordnungen. Auch wenn 80 - 90% des Etats gesetzlich vorgegeben sind, gibt es m.E. Luft. Da gibt es Möglichkeiten, Einsparungen zu erzielen. Dass sich der Stadtrat und auch die linke Ratsseite an der Formulierung "*...., die Verwaltungskosten um mindestens 10% zu reduzieren*" stören, dafür habe ich ein gewisses Verständnis. Dies hat in unserer Fraktionsgemeinschaft auch Diskussionen gegeben. Wir möchten diese 10% im Text belassen, könnten uns jedoch bereit erklären, nicht von mindestens zu sprechen, sondern von *Grössenordnungen*. Es soll eine Orientierungsgrösse sein.

Wenn es um diese Einsparung von rund 10% gehen soll, sehen wir schon noch weitere Synergien, welche sich in der Zusammenarbeit mit einer Gemeinde wie Neuhausen ergeben. Wir anerkennen, dass hier immer wieder Anläufe genommen werden.

Unser Anliegen ist es, gewissermassen ein Gesamtkonzept aus dieser Motion heraus zu erhalten und dass man nicht nur punktuell Dinge in die Hände nimmt, sondern dies in einem Kontext betrachtet, nachhaltig und gesamtheitlich. Das wäre das Ziel dieser Motion."

Bea Hauser (SP) Fraktionserklärung *

"Ausnahmsweise werden wir von der SP-Fraktion zu zweit zu dieser Motion sprechen. Ich werde mich zu den Punkten eins und vier äussern; Christian Hablützel zu den Punkten zwei und drei.

Zur Erinnerung: Die bürgerlichen Fraktionen haben ihre Motion im Juni des letzten Jahres eingereicht. Jetzt ist es Januar 2002, und schon ist die erste Forderung hinfällig geworden. Lieber Peter Wullschleger, dies hat nichts mit kleinkrämerischem Denken zu tun. Die Forderung nach blosser Senkung des Steuerfusses ist gar nicht motionswürdig. Dieses Parlament hat an der letzten Budgetdebatte den Steuerfuss um drei Punkte auf 109 % gesenkt. Dies wurde mit 45 : 1 Stimme angenommen. Der Grosse Rat hat dasselbe für den Kanton auch getan, so dass die Steuerpflichtigen im Minimum eine sechsprozentige Steuererleichterung auf ihren Rechnungen finden werden. Ein ansehnlicher Teil der Steuerpflichtigen kommt in den Genuss einer Entlastung um 14 Punkte, wie wir von der Finanzreferentin gehört haben.

Auch ohne an das Referendum des Gratisanzeigers zu denken, empfehlen wir den Motionärinnen und Motionären, den ersten Punkt ihres Vorstosses zu streichen. Der Steuerfuss wurde gesenkt, also ist eine Forderung nach Senkung hinfällig geworden.

Der Punkt 4 der Motion ist dermassen diffus, wie Sie eben von der Finanzreferentin selbst gehört haben, dass auf ihn zu verzichten ist. Eine Strukturreform der öffentlichen Verwaltung ist eine jahrelange Aufgabe, an der unsere Referentin und unsere Referenten während ihrer ganzen Amtsjahre arbeiten ... hoffentlich. Und eine flächendeckende zehnprozentige Kürzung der Verwaltungskosten kann nicht einfach so "telquel" gefordert und im Hüftschuss beschlossen werden. Das ist unseriös. Vor uns liegen schwierige Aufgaben. Der finanzielle Spielraum wird immer enger - auch was die Investitionen betrifft. Ich bin froh, Hans Ith, dass wir die Sanierung der Turnhalle Buchthalen noch durchgebracht haben. Heute geht nichts mehr. Wir haben kein Geld mehr für Investitionen.

Wir ParlamentarierInnen verlangen dauernd neue Strukturen, geben aber unserer Stadträtin und unseren Stadträten nicht einmal genügend Zeit, um sie umzusetzen. Daher unterstützen wir den Antrag der Exekutive, diesen Punkt 4 zu streichen.

Wenn die Punkte 1 und 4 aus dieser Motion gestrichen werden, kann sich die SP-Fraktion damit anfreunden. Warum das so ist, wird Ihnen Christian Hablützel sagen."

Christian Hablützel (SP) Fraktionserklärung

"Die Bürgerlichen versprechen konkrete Vorschläge - endlich -, und das ist gut so. Die SP der Stadt Schaffhausen ist gerne bereit, sich an **Massnahmen zur Verhinderung einer Neuverschuldung** (Punkt 2 der Motion) zu beteiligen. Wenn wir aber daran denken, ein Massnahmenpaket zu schnüren, welches effizient die Neuverschuldung bekämpfen will, dann müssen wir das betriebswirtschaftlich angehen. Da steht für die SP zuerst einmal an, die Ertragslage zu prüfen.

Es gibt Fragen:

- Sind die städtischen Liegenschaften effizient und nachhaltig bewirtschaftet?
- Wie kann die Abgabe von Baurechtsgrundstücken forciert werden? Das erhöht die Einnahmen in den laufenden Rechnungen.
- Ist die Gewinnabschöpfung bei den rentablen städtischen Betrieben angemessen?
- Finden genügend Steuerprüfungen statt, damit die Steuergerechtigkeit nach den gesetzlichen Vorgaben eingehalten werden kann?

Selbstverständlich ist auch die Ausgabenseite immer wieder sorgfältig zu prüfen. Es ist aber zu bedenken, dass es durch die Sparpolitik der letzten Jahre sehr schwierig sein wird, hier Beträge zu generieren, wenn wir davon ausgehen, dass 80 - 90% der Ausgaben gebunden sind, und eine Kantonshauptstadt einen finanziellen Gestaltungsspielraum braucht.

Generelle Sparforderungen halten wir für problematisch, vor allem, wenn sich niemand getraut, konkret zu sagen, wo und mit welchen Konsequenzen gespart werden soll. Deswegen habe ich eingangs gesagt, die Bürgerlichen bekennen Farbe, und das ist gut so.

Die SP ist auch gegenüber dem Anliegen in Punkt 3 der Motion **Vorgehen beim Abbau der ungedeckten Schuld** sehr wohlgesinnt. Es ist zu prüfen, welche städt. Liegenschaften verkauft werden könnten - selbstverständlich ohne das Bauland. Letzteres können wir im Baurecht abgeben, wodurch wir auch in Zukunft regelmässig Baurechtszinseinnahmen generieren können. Ferner gilt es zu prüfen, welche für den Service public unbedeutende bzw. nicht relevante Beteiligungen von der Stadt verkauft werden können. Da müsste man über die Bücher gehen. Ich wäre gerne bereit, hier mitzuhelfen.

Im Sinne einer einmaligen Entschuldungsaktion mit dem Ziel, die Belastung der laufenden Rechnungen nachhaltig zu reduzieren - zu nennen sind hier die gesetzlich vorgeschriebenen Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen und die Passivzinslasten -, sind wir bereit, auch hier aktiv mitzuwirken. Ich denke hier an die Einzonung von attraktivem Bauland mit der Auflage, tatsächlich zu bauen. Dies ergibt einmalige Einnahmen in die städtische Kasse. Zu prüfen wäre auch, ob durch eine volle Besteuerung von erschlossenem, brachliegendem Bauland nicht eine Verflüssigung stattfinden und dadurch ebenfalls Einnahmen generiert werden könnten. So gibt es einen ganzen Katalog von Massnahmen, welchen wir konkret in die Waagschale werfen werden - das verspreche ich Ihnen - wenn es darum geht, Massnahmen zur Entschuldung der Stadt Schaffhausen zu ergreifen.

Eine Schönung der laufenden Rechnung, wie sie die bürgerlichen Parteien in der Budgetdebatte 2002 durchgesetzt haben durch den Verkauf der SASAG-Aktien (Auflösung einer Reserveposition und Einspeisung in die laufende Rechnung) ist kein Beispiel für eine Sanierung der Verschuldung. Dies ist eine verpasste Gelegenheit, eine Entschuldung voran zu treiben. Da haben wir 2,5 Mio Franken verschenkt, welche wir brauchen könnten, um Schulden zu decken.

In diesem Sinne danke ich Ihnen für die Aufmerksamkeit und hoffe auf eine erquickliche und erfreuliche Zusammenarbeit bei diesem Thema."

Bernhard Egli (OeBS) Fraktionserklärung OeBS/EVP/GB *

"Die OeBS/EVP/GB-Fraktion hat sich bekanntlich an der Budgetsitzung gegen eine Steuerfuss-Senkung ausgesprochen. Gesunde Finanzen wären uns wichtiger gewesen.

Nun verlangt die Motion die Quadratur des Kreises mit den Begehren 1 - 4. Sie wissen alle selbst, dass dies nicht geht. Darüber reden kann man natürlich trotzdem.

Zu Punkt 1 - Die Senkung des Steuerfusses ist - soweit es einigermaßen verantwortet werden kann - erfüllt.

Die Bock-Clique will ja noch weiter gehen. Dazu eine Kritik am Stadtpräsidenten. Es ist nichts dagegen einzuwenden, die trockene Politik mit etwas Humor zu würzen. Die Verbindung von René Steiner mit einem Frosch war aber "daneben", das war unter der Gürtellinie. Im Namen der Schaffhauser Frösche protestiere ich gegen diesen Vergleich!

Zu Punkt 2 - Massnahmen zur Verhinderung der Neuverschuldung

Da kann man nur sagen "es gibt viel zu tun - packen wir es nicht an!" Die Finanzreferentin hat zahlreiche Beispiele dazu aufgezählt, dies muss ich nicht wiederholen.

Zu Punkt 3 - Vorgehen beim Abbau der ungedeckten Schuld

Was hier zu tun ist, da werden sich wohl nicht nur die Geister scheiden. Hier hat wohl jede Partei ihre eigenen Vorschläge. Ich bringe auch ein paar Beispiele:

- Die Parkplatzgebühren könnten 1 : 1 auf das Niveau des Parkhauses Herrenacker angehoben werden.
- Bezugnehmend auf den Motionstext, die ungedeckten Schulden in den nächsten 15 Jahren abzubauen, könnte ein 15-jähriges Strassenbau-Moratorium ins Auge gefasst werden.
- Bezüglich der vom Motionär Peter Wullschleger aufgegriffenen Idee - Übernahme von kantonalen Aufgaben - hätte ich ein Paradebeispiel, welches wohl von allen Ratsmitgliedern unterstützt würde: die Übernahme des EKS oder zumindest das Zusammengehen der beiden Werke. Den fast krankhaften Aktionismus des zuständigen Regierungsrates und des Direktors, um eine Zusammenarbeit mit der Stadt zu verhindern, ist wohl bekannt. Da geht es um Hoheitsrechte eines Kaisers oder Königs. Da sind uns die Hände gebunden, weil es Sache des Kantons ist, ob er etwas abgeben will oder nicht.

Zu Punkt 4 - Strukturreform und Reduktion der Verwaltungskosten

Da gilt es vorerst, die seit Jahren angestrebte und nun in Aussicht stehende WOV-Vorlage zu diskutieren und nach meiner persönlichen Meinung auch definitiv einzuführen. Daneben ist während der Umstellung, welche mehrere Jahre benötigen wird, keine andere Strukturreform der Verwaltung mit dem Effekt einer 10%igen Kostensenkung sinnvoll und möglich. Ansonsten würde man die ganze WOV-Einführung sabotieren bzw. gefährden.

Die OeBS/EVP/GB-Fraktion lehnt aus den vorerwähnten Gründen die Motion ab, auch wenn Sie ein oder zwei Punkte daraus streichen."

Peter Möller (GB) Votum *

"Einmal mehr wird von den bürgerlichen Parteien im Zusammenhang mit der Standortqualität unserer Stadt nur der Steuerfuss bemüht. Dabei sind - wie allen hier im Rat bekannt ist - andere Punkte von grösserer Bedeutung. Ich erwähne nur ein attraktives Wohn- und Schulangebot, aber u.a. auch eine optimale ausserschulische Betreuung.

Auch ich bin der Ansicht, dass die Verschuldung abgebaut und eine Neuverschuldung verhindert werden soll. Doch wie soll das gehen, wenn die bürgerlichen Parteien bei der Budgetberatung - nachdem das Budget ausgeglichen aus den GPK-Beratungen hervorging - es durch eine unverantwortliche Steuerfussenkung wieder defizitär gestalteten? Und jetzt fordern Sie einen Abbau der Schulden. Wo bleibt da die Logik, frage ich mich.

Was mir bei Ziffer 4 dieser Motion missfällt, ist, dass sich die Motionäre scheuen, zu sagen, wo denn in der Verwaltung gespart werden soll. Die Aussage "wir wollen dem Stadtrat Handlungsspielraum lassen" betrachte ich da als reine Schutzbehauptung. Es geht dabei ja nur darum, den Schwarzen Peter des Abbaus des Service Public an den Stadtrat weiter zu reichen und bloss keine potentiellen WählerInnen mit konkreten Aussagen zu vergrätzen. In dieser Pauschalität - die Motionäre sprechen sich ja nicht einmal darüber aus, was sie genau unter Verwaltungskosten verstehen; die Kurzerklärung im zweiten Umlauf reichte mir nicht - kann ich der Motion nicht zustimmen, und ich bitte Sie, dies auch nicht zu tun."

Raphaël Rohner (FDP) Votum

"Zuerst möchte ich dem Stadtrat danken für seine ansatzweise Bereitschaft, unsere Motion mit gewissen Abstrichen entgegen zu nehmen. Grundsätzlich haben mich - entschuldigen Sie diese eingangs kritischen Worte - die Ausführungen des Stadtrates und damit der Finanzreferentin zur Motion materiell wenig überzeugt. Sie ist ausgegangen von einem ausgiebig darlegten Rezessions-Szenario mit vorwiegend vergangenheitsbewältigenden Argumenten. Es fehlen mir in diesen Ausführungen ganz klar die zukunftsweisenden Ansätze, die klaren Absichten. Insgesamt muss ich sagen, ist die stadträtliche Antwort substantiell eher bescheiden in ihren Ausführungen. Sie bestärkt uns in unserer Ansicht, dass es richtig war, diese Motion mit der gesamten inhaltlichen Breite hier zur Diskussion zu stellen, damit das Problem endlich materiell und tiefgreifend angegangen wird. Tatsächlich wachsen die An- und Herausforderungen an die Stadt Schaffhausen in nächster Zeit. Dazu brauchen wir aber ganz dringend den von uns geforderten finanziellen Handlungsspielraum. Es braucht Luft und es braucht wieder Geld. Da hängen die 4 Hauptthemenbereiche, die Peter Wullschleger namens unserer Fraktions-Gemeinschaft in der Motion aufgeführt hat, inhaltlich sehr wohl zusammen. Wir brauchen eine gesunde finanzielle Basis. Wir können uns in rezessiven Phasen nur dann antizyklisch verhalten, wenn wir wieder Geld haben, um dieses einzusetzen. Da sind Sie, Frau Finanzreferentin, argumentativ in einem Notstand in Ihrer Antwort. Wir brauchen hier wieder eine saubere Grundlage, einen gefüllten Geldsäckel. Es braucht ein Gesamtkonzept, beinhaltend Sofortmassnahmen und auch mittel- und längerfristig nachhaltig wirkende Massnahmen. Wir sind bereit, beim Schnüren eines solchen Paketes mitzumachen.

Ich bin froh, dass die linke Ratsseite - vor allem auch in der Stellungnahme von Christian Hablützel - grundsätzlich Bereitschaft signalisiert hat, mitzumachen.

Er ist mit seinen Vorschlägen nicht überall inhaltlich deckungsgleich mit unseren Vorstellungen. Das macht nichts, das ist ein demokratischer Prozess, da werden wir uns einigen müssen.

Der Stadtrat tut gut daran, wenn er - ausgehend von diesen Schwerpunktthemen-Bereichen - ein Konzept entwickelt, uns dieses vorlegt, worüber wir dann demokratisch entscheiden und uns auch einigen können, in welchen Bereichen wir bereit sind, weiterhin Geld aufzuwerfen, und wo wir uns ebenfalls in demokratischer Abstimmung allenfalls von Unnötigem trennen, von Wünschbarem mindestens für eine gewisse Zeit trennen und uns auf das machbare Notwendige konzentrieren.

Der Stadtrat hat schon einige Male bei politisch brisanten Geschäften das sonst von mir nicht sonderlich geschätzte Instrument des "Runden Tisches" bemüht. Vielleicht könnte man hier - sofern die Motion erheblich erklärt wird und nachdem die linke Ratsseite eine grundsätzliche Mitwirkungsbereitschaft signalisiert hat -, ebenfalls einen solchen "Runden Tisch" einberufen. Ich bin überzeugt, dass die Chefbeamtinnen und -Beamten hier einen wesentlich Beitrag leisten können im Hinblick auf die Entwicklung von Ideen und Visionen für die Zukunft, aber dass es auch in unserer finanzpolitischen Verantwortung steht, hier auch auf der operativen Ebene im Rahmen eines solchen "Runden Tisches" mitzuwirken.

Wir haben mit dieser Motion den strategischen Ansatz zu einer Änderung der desolaten finanziellen Situation gesetzt. Nun gilt es, die operativen Antworten zu finden. Wir sind bereit mitzumachen, gewisse Konzessionen zu machen. Wir müssen vor allem das Ziel vor Augen haben. Dieses Ziel soll so ausgerichtet sein, dass wir unsere Stadt so weiter entwickeln können, wie es im Leitbild dargestellt wird und wie es auch in der gesamten Stadtentwicklung sein sollte."

Stadträtin Veronika Heller

"Ich möchte nur dem Motionär kurz antworten bezüglich des Finanzplans. Ich weiss nicht, ob Sie den Finanzplan 2001 nicht mehr gefunden haben, aber dieser ist im Herbst 2001 verteilt worden. Als Sie die Motion einreichten, hatten Sie noch den alten Plan, das ist klar. Ich habe meine Ausführungen auf den Plan 01 abgestützt.

Die Idee der Übertragung der Funktion des kant. Hochbauamtes in die städtische Verwaltung müsste vom Kanton gutgeheissen werden. Dies liegt somit auf kantonaler Ebene, das weiss der Motionär auch.

Im weiteren begrüsst der Motionär WOV, er möchte aber weiter gehen - ich bin gespannt wie weit. Wenn wir einen positiven Parlamentsentscheid erhalten zur flächendeckenden Einführung von WOV, welche etappenweise erfolgen soll, dann werden unsere Leute in der nächsten Zeit sehr gefordert sein. Ich teile deshalb die Meinung von Bernhard Egli, dass es nicht verträglich wäre, gleichzeitig noch ein anderes grundlegendes Reformprojekt durchführen zu wollen. Es würde auch keinen Sinn machen, wenn man die eine Reform und Umstrukturierung auf die andere aufpropft. Am Schluss wüsste niemand mehr, wo eigentlich der Kopf steht. Das wäre kein sinnvoller Umgang mit den relativ knapp vorhanden Ressourcen.

Bezüglich Masshalten bei den Investitionen sind wir uns alle so lange einig, bis wir konkrete Sachen auf dem Tisch haben. Dann geht es los. Dann wird es schwierig.

Wenn es hier Ratsmitglieder hat, die der Meinung sind, der Stadtrat habe all das heute Gesagte zum ersten Mal gehört, er habe sich dazu noch nie Gedanken

gemacht, so darf ich Sie auf das Leitbild verweisen. Wir haben dieses nicht in Auftrag gegeben und irgendwo bestellt, sondern wir haben es mit unseren Kaderleuten erarbeitet. Diese Leute stehen dahinter. Die Ziele, die im Leitbild enthalten sind, wollen wir erreichen. Massnahmenplanung, Ziele, Projektaufträge - das läuft alles. Es ist nicht so, dass der Stadtrat bis jetzt nichts gemacht hat. Wir sind hier wirklich permanent an der Arbeit."

Stadtpräsident Marcel Wenger

"Ich möchte mich zu Ziffer 4 der Motion, zu den Strukturreformen äussern. Ich möchte Ihnen in Erinnerung rufen und haue etwas in die selbe Kerbe wie die Finanzreferentin. Wissen Sie, wer Themenführer war bei der Zusammenlegung der Werke Schaffhausen/Neuhausen (EW, Gas, Wasser, Etawatt, Telekommunikation)? Der Stadtrat der Stadt Schaffhausen war Themenführer. Er war auch Themenführer bei der Anregung im Kanton, eine gemeinsame Unternehmung mit dem EKS auf die Beine zu stellen. In der Stadt wurden aufgrund des Druckes der Bevölkerung - nicht zuletzt auch auf Grund des Kostendruckes - die Halbämter eingeführt. Die Stadt hat die Zusammenlegung der Polizei initiiert. Die Stadt hat den Zivilschutz mit Neuhausen zusammengelegt. Jetzt wird er dann kantonalisiert, nachdem diese Aufgabe erledigt ist. Die Stadt hat auch die Finanzkontrolle mit dem Kanton zusammengelegt. Die Stadt hat das Arbeitsamt mit dem Kanton zusammengelegt. Die Stadt hat die Übernahme der Dienstleistungen des kant. Zivilstandsamtes nach der neuen Zivilstandsverordnung des Bundes offeriert. Die Stadt hat im Grossen Rat gerade gestern - das habe ich persönlich gemacht - in der Verfassungs-Revision ein Bekenntnis dazu gefordert, dass auch der Kanton jetzt einmal diskutiert, ob man Teile der Kantonsverwaltung mit denjenigen anderer Kantone oder der Region zusammenlegen soll. Das ist überhaupt kein Thema gewesen. Die Stadt und der Stadtrat waren Themenführer in allen diesen Fragen.

Bei der Steuerfussenkung war der Stadtrat aufgrund seiner Klausur Ende März 2001 Themenführer und hat am Schluss dazu beigetragen, dass die GPK des Kantons den kantonalen Steuerfuss um 3 Punkte gesenkt hat. Ich bitte Sie, dies in Erinnerung zu behalten, wenn Sie von Themenführerschaft sprechen. Sonst schliesse ich mich den Äusserungen der Finanzreferentin voll und ganz an.

Am Schluss muss ich mich bei Bernhard Egli noch entschuldigen. Ich weiss zwar nicht, wo die Gürtellinie der Frösche verläuft. Aber ich möchte mich in aller Form bei den Fröschen entschuldigen. Es war ein Wunsch, der mir spontan in den Sinn gekommen ist. Die Verwandlung des Bock-Verlegers in einen Nützing war ein guter Wunsch... .

Esther Bänziger (SP)

Votum

"Es ist sehr vieles gesagt worden, mehr oder weniger Gutes oder Intelligentes. Ich muss etwas los werden. Die bürgerliche Seite enttäuscht mich masslos. Dieses Misstrauen dem grossmehrheitlich bürgerlichen Stadtrat gegenüber - erklären Sie mir das einmal! Die ganze Regierung ist bürgerlich, der Bundesrat ist bürgerlich. Schon seit Jahrzehnten ist dies so. Sie werfen den Verantwortlichen vor, was sie alles nicht machen. Von Ihnen habe ich keine einzige Vision gehört. Sie kommen mit pauschalen Begehren. Das eine ist schon erledigt. Es ist nett, Raphaël Rohner, wenn Du uns bezüglich Ziffer 2 und 3 gratulierst. Es ist ein Witz, diese beiden Punkte können alle unterstützen. Wer will denn eine hohe Verschuldung bzw. wer will die Schulden nicht abbauen? Das ist wirklich unglaublich.

Aber das andere, diese Reduktion der Verwaltungskosten um mind. 10%, dort wo es wirklich um etwas geht, da kommt von Ihnen gar nichts! Diese pauschalen Vorwürfe an den SR sind so nicht statthaft. Ich bin gegenüber dem Stadtrat wirklich sehr kritisch eingestellt. Man kann auch einmal kritisieren, aber nicht auf diese Weise. Ich bitte Sie, sich noch einmal zu überlegen, was Sie hier tun."

Peter Neukomm (SP) Votum

"Esther Bänziger hat einiges vorweg genommen. Sie haben grosses Wohlwollen signalisiert auf unsere Bereitschaft, auf die Ziffern 2 und 3 der Motion einzugehen, welche keineswegs visionär oder eine Neuerfindung des Stadtrates sind. Diese Sachen entsprechen übergeordnetem Recht und sind eine Daueraufgabe, welche der Stadtrat von Gesetzes wegen zu erfüllen hat. Dafür müssen wir keine Motion lancieren. Ich staune auch ein wenig wie Esther Bänziger. In diesem Stadtrat sitzen 2 Freisinnige und 1 SVP-Mann. Da müssen Sie einmal Ihre Fraktionssitzungen überdenken, wenn die das so falsch machen. Sie haben ja die Mehrheit in diesem Stadtrat. Irgend etwas stimmt hier nicht.

Es ist unser gutes Recht und unsere Aufgabe, auf Schwachstellen hinzuweisen - dies nicht nur bei der stadträtlichen Politik, sondern auch bei Motionen, die eingereicht werden. Dieses Recht und diese Freiheit haben Sie ja auch, wenn wir Motionen einreichen.

Die Schwachstelle hier ist ganz klar Ziffer 1. Dies würde jedem Jus-Student im 2. Semester auffallen, dass dies nicht geht. Es widerspricht übergeordnetem Recht, Ihnen hier Bericht und Anträge hinsichtlich Steuerfüsse für die kommenden Jahre zu unterbreiten. Der Motionär hat dies ja auch eingesehen. Der Wortlaut ist nicht sehr glücklich gewählt. Wir dürfen dies nicht so wörtlich nehmen, wie das hier geschrieben steht.

Das einzige, was substantiell übrig bleibt, ist Ziffer 4. Da haben wir signalisiert, dass wir hier gerne mit Ihnen in die Diskussion eintreten, wenn es darum geht, die Verwaltungskosten durch Strukturreformen zu senken. Aber wie einige Redner heute Abend schon festgestellt haben, wissen Sie selbst nicht, was Strukturreform bedeuten soll. Weiter liessen Sie offen, welche Verwaltungsabteilungen betroffen sein sollen. Wir haben nichts gehört, auch seitens des Motionärs nicht. Das ist schade. Sie sind in der GPK vertreten, sie bestritten die Budgetdebatte im Rat, konkrete Sparvorschläge, die wirklich neu gewesen wären, wurden nicht gemacht. Sie haben das verpasst. Sie schieben jetzt den Schwarzen Peter dem Stadtrat zu. Das finde ich nicht besonders visionär. Wenn Sie 10% der Verwaltungskosten einsparen möchten - die Zitrone ist ausgepresst, das kann Ihnen auch der GPK-Präsident bestätigen -, dann ginge es ans Lebendige, dann müssten wir Dienstleistungen abbauen. Meine Damen und Herren, reden wir doch über das und machen wir nicht wieder einen Bogen darum herum! Das ist nicht ehrlich. Machen Sie Vorschläge, wo Sie der Meinung sind, dass Dienstleistungen zu Gunsten der Bevölkerung nicht mehr zu erbringen sind. Dann können wir materiell darüber reden und es ergibt sich eine interessante Diskussion."

Peter Wullschleger (CVP) Motionär

"Misstrauen wurde uns vorgeworfen. Wir sind nicht misstrauisch. Wenn das so herüber gekommen ist, bedaure ich das. Uns geht es im Sinne der Antrittsrede der Ratspräsidentin um die Planung der Zukunft.

Unter diesem Aspekt haben wir diese Motion formuliert. Wir möchten eine Plattform bieten für die Zukunft der Stadt Schaffhausen unter Einbezug halt eben auch der finanziellen Aspekte. Dass vielleicht diese oder jene Formulierung unglücklich oder missverständlich gewählt ist, akzeptiere ich. Ich spreche jetzt vor allem zur Ziffer 1. Ich wehre mich aber gegen den Vorwurf, ich hätte keine Vision. Wenn Sie wünschen, bombardiere ich Sie an jeder Sitzung mit einer Motion. Ich habe sehr wohl konkrete Vorstellungen. Der Stadtrat ist ja letztlich unser Führungsgremium in der Verwaltung, dem ich nicht immer alles vorkauen muss. Wenn ich das dem SR vorkauen muss, dann möchte ich gerne auch an der Entschädigung des Stadtrates partizipieren.

Peter Neukomm hat von Dienstleistungsabbau gesprochen und gefordert, es müsse das Kind beim Namen genannt werden. Dieser Meinung kann ich mich anschliessen. Bei den Dienstleistungen der öffentlichen Hand gibt es eine Matrix, es gibt einen

- Service public
- Service particulier
- Service individuel.

Was die Ausgabenseite anbelangt, so machen wir hier keinen Unterschied.

- Der Service public bedeutet Dienstleistungen an alle BürgerInnen. Diese sollen von der öffentlichen Hand voll finanziert werden.
- Der Service particulier soll vom Beanspruchenden mit finanziert werden.
- Beim Service individuel, welche nur von Einzelnen beansprucht wird, sprechen wir von Beiträgen.

Ich habe noch nie gesehen, dass ein solches System einmal aufgezeigt wurde. Esther Bänziger, ist das eine Vision? Diese Punkte möchte ich bewusst dem Stadtrat überlassen.

Die Motion wirkt in die Zukunft. Verlangen Sie bitte nicht von mir, dass ich Ihnen jetzt sage, wie es sein soll. Es ist ein Prozess, der vom Stadtrat beschrieben werden soll, um gewisse Ziele zu erreichen. Dass hier eine Senkung der Verwaltungskosten ein Ziel ist, gehört zur politischen Freiheit, wenn Motionäre etwas formulieren. Wir glauben, dass hier der Ansatz gewählt werden darf. Wir haben Personalkosten und Sachaufwand, das sind Verwaltungskosten. Diese ergeben den runden Betrag von 120 Mio Franken. 10% hievon sind ca. 12 Mio Franken. Wenn man diese Grosszügigkeit nicht mehr haben darf und man mir Unseriösität vorwirft, dann habe ich ein gewisses Problem. Ich möchte nicht päpstlicher sein als der Papst.

Ich möchte die Ziffer 1 umformulieren:

Neu: Möglichkeiten zur weiteren Senkung der Steuerlast. Darum geht es. Es ist halt doch ein Standortkriterium, ob man das nun gerne hört oder nicht. Im Hinblick auf das Steuerfussreferendum geben wir hier doch dem Stadtrat ein Argument. Ich finde nämlich auch, dass im jetzigen Moment eine massive Steuerfussreduktion quer im Raum steht. Aber den Hoffnungsschimmer am Horizont müssen Sie irgendwo schon geben, weil - auch wenn jemand ausgerechnet hat, dass in Zürich die Rechnung summa summarum nicht aufgeht - sonst noch weitere Leute in die Zürcher Nachbarschaft zügeln werden, weil sich die Steuerschere noch weiter öffnet. Wir müssen diesem Exodus Einhalt gebieten. Die Leute, welche nach Dachsen, Uhwiesen oder Flurlingen gehen, denken vielleicht nicht so wie Sie. Wenn jemand dorthin zügelt und sich die Rechnung machen kann, dass er/sie die zweite Hypothek innert 10 Jahren durch die Steuerersparnis amortisieren kann, so tut er/sie das. Solche Rechnungen werden eben auch gemacht.

Zu Punkt 4:

Es ist mir auch klar, dass es problematisch ist, wenn man sagt, die Verwaltungskosten sollten um mind. 10% reduziert werden. Ich möchte deshalb beliebt machen, die Formulierung (...) um mindestens (...) durch (...) in der Grössenordnung von (...) zu ersetzen. Sie können sicher sein, dass ich nicht in Wortklauberei machen werde. Wenn mir der Stadtrat bei der Beantwortung dieser Motion in zwei oder drei Jahren erklären kann, dass eben nur 2% oder Null Ersparnis drin gelegen haben, weil der "böse" Kanton nicht mitgemacht hat, dann wählen wir bitte die Regierungsräte einmal ab, die wir haben. Wenn mir der Stadtrat das plausibel macht, dann bin ich der erste, der dies akzeptiert und sagt: "okay, wir haben es versucht; es ist aus diesen oder jenen Gründen nicht gegangen. Aber dass man jetzt schon sagt, wir versuchen es gar nicht, damit habe ich ein sehr grosses Problem."

Christian Hablützel (SP) Votum

"Ich bin Sozialdemokrat. Im Gegensatz zu Kolleginnen und Kollegen denke ich, dass der Staat bzw. die öffentliche Hand tatsächlich so etwas wie ein Unternehmen ist. Es gibt einen kleinen Unterschied. Der Unterschied ist, dass der Verwaltungsrat dieses Unternehmens - sprich das Parlament - permanent auf dem Unternehmen öffentlich herum prügeln darf, ohne dass er von den Aktionären abgewählt wird. Das ist schade. Dann etwas zweites im Unternehmen Staat: Wenn das Parlament in der Rolle des Verwaltungsrates gestaltend mitwirken will, ist es keineswegs so, dass die Exekutive, nämlich die Geschäftsführung alle diese Aufgaben in der strategischen Sparte verrichten muss, sondern da bleibt es an uns hängen, ein Stück weit miteinander die Vision zu konkretisieren und zu entwickeln. Ich bitte deshalb den Motionär eindringlich, die Punkte 1 und 4 zu streichen, damit wir die Motion unterstützen können. Dann könnten wir tatsächlich für die Punkte 2 und 3 so etwas wie einen "Runden Tisch" einrichten - da bin ich mit der bürgerlichen Seite einig - und uns diesen Fragen einmal auf der strategischen Ebene annehmen. Vielleicht gäbe es Lösungen, die tatsächlich zu den gewünschten Ergebnissen führen könnten, wie die Senkung der Steuerlast; da ist ja kein Mensch dagegen. Aber das ist ein vorweg genommenes Ergebnis, deshalb möchte ich dies nicht in der Motion drin."

An dieser Stelle erschöpfen sich die Wortmeldungen.

Die Ratspräsidentin fragt den Motionär, ob er auf das Begehren der linken Ratsseite, Punkt 1 und 4 zu streichen, eingehen oder ob er diese umformuliert in der Motion belassen will.

Peter Wullschleger (CVP) hält an den 4 Punkten der Motion - Ziffer 1 und 4 umformuliert - fest.

ABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat **überweist die Motion mit 24 : 23 Stimmen bei 1 Enthaltung** mit folgendem geänderten Wortlaut:

Der Stadtrat wird eingeladen, dem GrSR Bericht und Antrag zu unterbreiten bezüglich folgender Anliegen:

1. Möglichkeiten zur weiteren Senkung der Steuerlast
2. Massnahmen zur Verhinderung der Neuverschuldung
3. Vorgehen beim Abbau der ungedeckten Schuld
4. Strukturreform der öffentlichen Verwaltung mit dem Ziel, die Verwaltungskosten in der Grössenordnung von 10% zu reduzieren.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 2 INTERPELLATION Hans Peter Huber (SVP) - Alkoholausschank an Jugendliche unter 18 Jahren

Hans Peter Huber (SVP) Begründung *

"Es geht nicht darum, eine Moralpredigt zu halten, und ich bin mir auch bewusst, dass 9 von 10 Erwachsenen regelmässig Alkohol konsumieren; ich selber gehöre auch dazu.

In der Sonntagszeitung las ich nach Einreichen meiner Interpellation einen Artikel. Darin stand, dass bei Testkäufen des Blauen Kreuzes im Kanton Bern, jedes dritte Geschäft Alkohol an Jugendliche und Kinder verkauft hat. Der Verkauf wie der Ausschank von Alkohol ist natürlich das gleiche Problem.

Als mir anfangs der Sommerferien auf Höhe des Bootshauses des Rheins um 11 Uhr morgens eine Gruppe Jugendlicher entgegenkam, die ich unter 16 Jahre schätzte, und der eine einen grossen Stereo-Rekorder auf der Schulter trug und zwei andere je einen Karton Bier in der Hand hielten, bekam ich zwar auch sofort Durst, habe mich aber doch sehr über das Mitführen von Alkohol gewundert.

Über die Zeitung und auch in Gesprächen mit Bekannten habe ich das Gefühl bekommen, dass der Alkoholkonsum bei den Jugendlichen „im Trend„ liegt.

Zeitungsmeldungen von ausgetopftem Blumenschmuck an der Rheinbrücke im Frühling erreichten uns, und bald jeden Montag liest man über Vandalenakte. Das hat es wahrscheinlich schon immer gegeben, aber wenn denn wie in Thayngen eine Liegenschaft angezündet wird, so ist das höchst bedenklich. Aber darüber werden wir uns bei der Interpellation von Raphaël Rohner unterhalten.

Herumliegender Abfall und leere Flaschen am Lindli. Der neue Sport des Bierflaschenwerfens gegen die Gaskugel am Lindli. Das Verwüsten von öffentlichen Feuerstellen, da wird z.B. auf einem massiven Eichentisch ein grosses Feuer gemacht, Kinderspielgerät demoliert und sehr viel Abfall liegen gelassen. Zerschlagene Flaschen in der Umgebung der Stadthausgasse. Sind diese Vorkommnisse heutzutage normal? Ist Alkohol im Spiel, sind es Jugendliche oder etwa „grosse Kinder“?

In der Stadtgärtnerei wurde mir gesagt, dass z. Bsp. beim Lindli die Menge des Abfalles und der leeren Flaschen vor allem während den Sommerferien und an schönen Wochenenden massiv zunimmt.

In der Regel werden öffentliche Spielplätze und Anlagen einmal in der Woche gereinigt. Die Promenaden Lindli und Fäsenstaub müssen 4 x pro Woche in der sogenannten Saison gereinigt werden. Herumliegende Glasscherben auf Kinderspielplätzen sind dabei ein besonderes Uebel.

Bei der Schweiz. Fachstelle für Alkohol und andere Drogenprobleme habe ich über Alkohol und Jugendliche folgende Auskunft erhalten:

Unter dem Titel „Suchtmittel im Leben Heranwachsender“ wurde 1998 eine Schülerbefragung durchgeführt. Darin wurde auch über den Alkoholkonsum befragt.

Die Mädchen legen zu: Verdoppelung des Alkoholkonsums bei 15jährigen Schülerinnen.

Im Gegensatz zum Tabakkonsum ist der Konsum von Alkohol bei den 11 bis 15-jährigen Schülerinnen und Schülern seit 1986 insgesamt praktisch stabil geblieben: 1998 haben rund ein Viertel dieser Altersgruppe monatlich, ein Zehntel wöchentlich sowie 1 % täglich Alkoholisches getrunken. Dennoch ist beim Konsum eine Verschiebung festzustellen:

Wird die Trinkhäufigkeit nach Geschlecht betrachtet, zeigt sich deutlich, dass die Unterschiede beim Alkoholkonsum zwischen Jungen und Mädchen in den letzten Jahren zunehmend kleiner geworden sind. Zwar konsumieren die Knaben auch heute noch häufiger Alkoholisches, dennoch zeichnet sich eine deutliche Entwicklung ab: Während der wöchentliche Konsum bei den Knaben stagniert (11 - 15-Jährige) oder gar eher rückläufige Tendenz aufweist, ist bei den Mädchen die Konsumtendenz klar steigend. So hat sich die Zahl der wöchentlich Alkohol konsumierenden 15-jährigen Mädchen zwischen 1986 und 1998 von 8,5 % auf 17,4% rund verdoppelt.

Beliebtheit: Bier liegt nur noch knapp vor den sog. Alcopops. Insgesamt betrachtet ist das Bier bei den Heranwachsenden nach wie vor das am häufigsten konsumierte und damit beliebteste alkoholische Getränk. Vor allem die Knaben bevorzugen es klar: In der Schweiz trinkt bereits jeder fünfte 15-Jährige mindestens wöchentlich Bier. Doch der traditionsreiche Gerstensaft liegt in der Gunst nur noch knapp vor den neuartigen alkoholischen Mischgetränken - den sogenannten Alcopops -, die seit 1996 auf dem Schweizer Markt erhältlich sind: 14% der 15-jährigen Knaben haben im letzten Jahr regelmässig Alcopops getrunken. Bei den 13-Jährigen sind es mit 5% bereits fast ebenso viele wie beim Bier (6%).

Beim weiblichen Publikum haben die süsslichen Alcopops gar bereits die Nase vorn: 12% der 15-jährigen Schülerinnen haben 1998 mindestens wöchentlich diese alkoholischen Mischgetränke konsumiert, ein für Mädchen sehr hoher Prozentsatz. Bei den 13-Jährigen sind es immer noch über 4% gewesen. Im Vergleich zu ihren männlichen Alterskollegen gibt es unter den 15-jährigen Schülerinnen dagegen mit 8% weit weniger regelmässige Biertrinkerinnen. Der Erfolg alkoholischer Mischgetränke beim weiblichen Publikum ist eine mögliche Erklärung für den insgesamt deutlich gestiegenen Alkoholkonsum, vor allem bei den 15-jährigen Schülerinnen.

Im Gegensatz zum Bier sowie zu den Alcopops scheint der Wein bei den Heranwachsenden an Attraktivität eingebüsst zu haben, weisen doch die Zahlen zum wöchentlichen Konsum eher nach unten. Bei den reinen Spirituosen ist kein klarer Trend auszumachen. Soviel zu den Ergebnissen dieser Umfrage.

Die Schweiz. Fachstelle für Alkohol und andere Drogenprobleme schlägt auch Massnahmen vor.

Die bestehenden Gesetze sind bezüglich Trinkalter verwirrend; eine neue Regelung könnte Klarheit schaffen: alkoholische Getränke bis zu 16 Volumenprozent sollen nicht an Jugendliche unter 16 Jahren und solche über 16 Volumenprozent nicht an Jugendliche unter 18 Jahren abgegeben werden. Den Trinkaltersregeln ist vermehrt Nachachtung zu verschaffen; dazu müssen Verkaufs- und Gaststättenpersonal speziell aufgeklärt werden. Der Alkoholgehalt ist auf allen Behältnissen deutlich leserlich anzugeben.

Der ausgeprägte Trend bei Jugendlichen, sich häufiger zu berauschen, erfordert dringliche Massnahmen, vor allem im Hinblick auf die Unfallverhütung; Risikominderung ist hier die Devise, wobei diese Vorgehensweise Massnahmen umfasst wie alternative Transportsysteme sowie die Propagierung der Vorbestimmung eines Fahrers, der dann im Ausgang auf Alkohol verzichtet.

Zum Schluss: Wirte und Detaillisten, die Alkohol abgeben, sind natürlich nicht die einzigen, die in Verantwortung stehen, sondern auch Eltern und Erziehende müssen ihre Verantwortung wahrnehmen. Aber ich muss Ihnen sagen, dass ich das Gefühl habe, dass Anstand und Rücksicht Eigenschaften sind, auf die bei der Erziehung zum Teil kein grosser Wert mehr gelegt wird.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit."

Stadtpräsident Marcel Wenger Antwort des Stadtrates *

"Ausgangslage – gesetzliche Vorschriften

Der Interpellant weist zu Recht auf die bestehende Alkoholproblematik auch bei Jugendlichen hin. Der Stadtrat ist dankbar, dass die Interpellation Gelegenheit bietet, die rechtliche Situation im Kanton Schaffhausen näher zu beleuchten und auf die bereits in der Interpellation erwähnten Fragen der Prävention und der allfälligen repressiven Möglichkeiten hinzuweisen.

Nach **Artikel 105 der Bundesverfassung** steht die Alkoholgesetzgebung seit 1874 unter der Obhut des Bundes. Jedoch kommen insbesondere den Kantonen, teilweise aber auch den Gemeinden bei deren Vollzug und Kontrolle gewisse Befugnisse zu. Bereits auf Bundesstufe kommt zum Ausdruck, dass insbesondere den schädlichen Auswirkungen des Alkoholkonsums Rechnung getragen werden muss. Ausfluss des in der Verfassung bereits erwähnten Schutzgedankens ist zum einen die **fiskalische Belastung der gebrannten Wasser**, zum anderen die Einführung von **Konzessionspflichten für die Ausübung des Gross-, Mittel- und Kleinhandels**.

Als "gebrannte Wasser" – um einmal mit dem "härtesten" Produkt aus Alkohol anzufangen – gelten nach Art. 2 Abs. 1 und 2 des **eidgenössischen Alkoholgesetzes vom 21. Juni 1932** die Produkte, welche Äthylalkohol in jeder Form enthalten.

Ausgenommen sind jedoch alkoholische Erzeugnisse, die 15 Volumenprozent nicht übersteigen und die durch natürliche Vergärung zustande gekommen sind. Für die ausschliesslich durch Vergärung gewonnenen alkoholischen Erzeugnisse findet das Alkoholgesetz nicht Anwendung, hingegen können hier die Kantone Bewilligungs- und Schutzvorschriften erlassen. Die Alkoholprodukte im Sinne des Bundesgesetzes, worunter auch die verschiedenen mit Fruchtaromen verdünnten gebrannten Wasser unter 15 Volumenprozent fallen, dürfen im Kleinhandel – darunter ist auch der Ausschank zu verstehen (Art. 39 Abs. 4) – nicht an Jugendliche unter 18 Jahren abgegeben werden. Auch bei diesem Kleinhandel bedarf es innerhalb der Kantone **nach Bundesrecht** einer Bewilligung, zu der unter anderem Betriebe des Gastgewerbes und auch Geschäfte mit einem breiten Sortiment an Lebensmitteln inklusive alkoholfreier Getränke kommen können. Die Missachtung des erwähnten Handelsverbotes ist dazu geeignet, dass diese Bewilligung vorübergehend oder dauernd entzogen werden kann, wenn die Verletzung des Handelsverbotes nachzuweisen ist. Auch können, sofern das kantonale Gastgewerbegesetz verletzt wurde, durch die kantonale Gewerbepolizei bzw. das Patentamt Bussensanktionen beantragt werden.

Die Ausführungsbestimmungen in der **eidgenössischen Alkoholverordnung vom 12. Mai 1999** nehmen in Art. 45 den Handel mit gebrannten Wassern mit geringem Alkoholgehalt von bis zu 1,2 Volumenprozent und mit Esswaren, deren Alkoholgehalt 6 Gewichtsprozent nicht übersteigt, von den Handelsvorschriften aus. Es ist unschwer, sich vorzustellen, weshalb: Wer diese geringfügigen Mengen von Alkohol pro Volumen konsumiert, riskiert bei wildestem Entschluss zur Herbeiführung der Trunkenheit das Versagen von Schlund und Magen. Es müsste zuviel Volumen absorbiert werden. Die Lebensmittelgesetzgebung und deren Verordnung ist mit den erwähnten Rechtserlassen verknüpft. In der Verordnung und auch in der Tabakverordnung wird durch die Werbeverbote in den Art. 24 bzw. 15 dem Anliegen des Jugendschutzes besonders Rechnung getragen.

Das **kantonale Gastgewerbegesetz vom 15. August 1983** verbietet das Verabreichen alkoholischer Getränke an Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren sowie auch die Abgabe gebrannter Wasser an Jugendliche unter 18 Jahren. Was indessen in den Gastwirtschaftslokalen unter Art. 45 Abs. 1 untersagt ist, findet im Kanton Schaffhausen keine Entsprechung für den Verkauf bei vergorenen Produkten wie Wein, Bier und Most an Jugendliche unter 16 Jahren. Während die Kantone Zürich, Zug, Bern, Freiburg und viele andere ein klares Verkaufsverbot für diese Gärgetränke auch in Ladengeschäften haben, reiht sich unser Kanton in die Gruppe der Schweizer Kantone ein, in denen gesetzliche Bestimmungen zum Verkauf von Wein, Bier und saurem Most an unter 16-Jährige fehlen. Trotzdem sich die eidgenössischen Räte als Reaktion auf das Aufkommen der sogenannten "Alcopops" (Limonaden mit Alkohol) seit dem 1. Februar 1997 aufrafften, die Gesetzeslücke zu schliessen und auch diese bundesrechtlich geregelten Getränke der Alterslimite von 18 Jahren zu unterstellen, haben die Schaffhauser es bis heute noch nicht für nötig gehalten, die fehlende Altersvorschrift für den Verkauf von Gärgetränken – sie haben notabene in etwa den gleichen, wenn nicht höheren Alkoholgehalt wie Alcopops – endlich einzuführen. Es ist höchste Zeit, diese Lücke zu füllen. Vielleicht gibt die Diskussion über diese Interpellation dafür den nötigen Impuls. Bis dahin aber lässt sich die unheimliche Begegnung der betrunkenen Art, die der Interpellant eingangs seiner Begründung schildert, durch die heute fehlende Regelung erklären.

Es gibt kein Verbot des Verkaufs von Wein, Bier oder Most an unter 16-Jährige durch Ladengeschäfte im Kanton Schaffhausen. Das Verbot beschränkt sich auf die Gastgewerbebetriebe mit dem Resultat, dass viele Jugendliche unter 16 Jahren ihre "Beiz" selber aufmachen und sich mit Gärgetränken eindecken können. Daraus den Schluss zu ziehen, die Regelung im Gastgewerbegesetz sei unter dem Aspekt des Jugendschutzes unsinnig, wäre falsch. Zumindest zulässig ist aber die Erkenntnis, dass der kantonale Gesetzgeber bei der Revision des Gastgewerbegesetzes auf ein Füllen dieser Gesetzeslücke bewusst verzichtet hat und er auch nach der Alkopop-Novelle der eidgenössischen Räte für das kantonale Recht bisher noch keine Konsequenzen gezogen hat.

Da helfen auch die Vorschriften in den kantonalen Schulordnungen der Primar- und Orientierungsschulen und der Kanti nicht viel, die den Schülerinnen und Schülern den Alkoholkonsum in Gebäuden und Arealen verbieten. Der Griff ins Selbstbedienungsregal ist nur für Alkohol im Sinne der eidgenössischen Gesetzgebung bei Jugendlichen unter 18 Jahren verboten, und es erwächst den Konzessionsinhabern darauf ein Verkaufsverbot, notfalls mit Nachprüfung der Alterslimite. Bei Gärgetränken besteht im Kanton Schaffhausen eine damals bewusst geschaffene Gesetzeslücke, in die sich zwar findige und windige Gastronomen unter dem Titel "Ausschank" nicht drängen dürfen, dafür aber kurzfristige Verkäufer. Soweit die Gesetzeslage.

Fragenbeantwortung

Die Frage, ob es im Zusammenhang mit alkoholisierten Jugendlichen schon Zwischenfälle gegeben habe, ist offensichtlich rhetorisch gestellt. Es ist eine Tatsache, dass die Alkoholisierung und die damit verbundene Enthemmung regelmässig bei einer bestimmten Menge von exponierten Personen dazu führt, dass es Zwischenfälle mit Personen- und/oder Sachschäden geben kann. Dies nicht nur bei Jugendlichen, sondern auch bei jungen Erwachsenen und gar bei "älteren" Semestern. Der Stadtrat möchte hier nicht nur Jugendliche mit zu viel Alkohol im Blut für Zwischenfälle wie Nachtruhestörung, Sachbeschädigung, Belästigung von Passantinnen und Passanten oder gar Gewalt und Drohung gegen Polizeibeamte verantwortlich machen. Leider ist es aber so, dass der Anteil Jugendlicher oder immer jüngerer Alkoholkonsumenten nicht nur dem Interpellanten, sondern auch den Organen der Schaffhauser Polizei, der Jugendanwaltschaft oder der Schaffhauser Verwaltungspolizei aufgefallen ist. Insbesondere in lauen Sommernächten kam es im vergangenen Jahr in unserer Stadt zu krawallartigen Ereignissen, deren Ursache nicht zuletzt auch im hemmungslosen Konsum alkoholischer Mischgetränke durch Jugendliche zu suchen sind. Die einschlägige Szene, innerhalb welcher alkoholisierte Jugendliche auszumachen sind, konzentriert sich auf die Stadthausgasse und das Umfeld der Lokale Cuba-Club und Orient, die Ecke Neustadt-Oberstadt und das Umfeld des Lokals Champ, aber auch im Sommer auf die selbst eröffneten Beizen im Lindli oder das Umfeld der Kammgarn und neuerdings wieder das Lokal Tabu an der Repfergasse. Die Zwischenfälle, welche im übrigen durch Rapporte der Schaffhauser Polizei, besonders aber durch Anzeigen privater Geschädigter dokumentiert sind, reichen von Anpöbeln über Sachbeschädigung, Verunreinigung des öffentlichen Raumes und Urinieren in Hauseingänge bis zu Angriffen auf die körperliche Integrität anderer Jugendlicher oder Drohung und Beschimpfung gegenüber Polizeiorganen, die mit entsprechenden Kontrollen beauftragt sind.

Dies führt zur Beantwortung der Frage nach den **Kontrollen und der Handhabung des Ausschankes**. In den sogenannten Szenenlokalen der Schaffhauser Altstadt ist eine amtliche Kontrolle der Ausschankgewohnheiten nur stichprobenweise möglich. Erschwerend kommt dazu, dass die Kontrollorgane der Schaffhauser Polizei oder der Gewerbepolizei weder altersmässig noch vom Outfit her verdeckt ermitteln können. Man kennt sie. Ein Eingreifen ist nach Berichten aus Patrouillen der Schaffhauser Polizei nur mehr bei geringer Besetzung der Lokale möglich. Es müssen massiv verstärkte Patrouillen eingesetzt werden, um nur schon Eskalationen bei Schlägereien auf der Gasse zu verhindern." An dieser Stelle gibt der Stadtpräsident eine "Kostprobe" und verliest auszugsweise aus dem Rapport der SH Polizei vom Wochenende 11. - 13. Jan. 2002 - selbstverständlich ohne Namensnennung. "Das Eingreifen bei voll besetzten Lokalen ist für die Beamtinnen und Beamten in der normalen Patrouillenbesetzung nicht immer zumutbar. Mir wurden Situationen berichtet, in denen sich Polizeiorgane vorübergehend zur eigenen Sicherheit zurückziehen mussten und nur mit Verstärkung wieder eingreifen konnten.

Während der Vollzug der bundesrechtlichen Bestimmungen des Alkoholgesetzes Sache des Kantons (Untersuchungsrichterbehörde und Polizei) ist, sind nach dem Gemeindegesetz an sich die Gemeinden für die sonstige Handels- und Gewerbepolizei zuständig. Ihnen fehlen unter den geschilderten Rahmenbedingungen aber erst recht die Mittel, um während der kritischen Zeiten Kontrollen vorzunehmen.

Leider sind Anzeigen wegen Verletzung der bundesrechtlichen Abgabevorschriften von Alkohol an Jugendliche unter 18 Jahren die absolute Seltenheit. Die Permissivität der Gesellschaft, aber wohl auch die Unannehmlichkeiten, welchen sich potentielle Anzeiger möglicherweise aussetzen, dürften hier die Hauptursachen sein. Ganz bestimmt ist es aber auch die Tatsache, dass sich in einschlägigen Lokalen ganz rasch herumspricht, wenn einer mit Kontrollabsicht hereinkommt.

Besonders unangenehm ist aber eben auch die ungleiche Rechtslage zwischen Verkauf und Gastgewerbe bei den Gärgetränken. Kombiniert mit Cannabis lässt sich auch mit Bier ein respektabler Rausch herbeiführen. Ob ein Jugendlicher diesen in einem Lokal oder mit der Clique am Lindli eingefangen hat, ist schwer abzuklären. Mit Sicherheit werden die Organe der Schaffhauser Polizei, aber auch verdeckt ermittelnde, am Standort nicht bekannte Sicherheitskräfte mit speziellem Auftrag verstärkt eingesetzt werden müssen. Die Verwaltungspolizei hat auch den Auftrag des Stadtrates, notfalls mit der Rücknahme von Verlängerungsbewilligungen die Öffnungszeiten der Szenenlokale zu verkürzen.

Die Situation im **Jugendhaus** wird dem Stadtrat von der Präsidentin des VSFZ als klar geschildert. Es gab von 1999 bis heute mit dem aktuellen Jugendhausteam und den anvertrauten Jugendlichen keine Zwischenfälle, die mit Alkohol zu tun hatten. Es wird dort kein Alkohol ausgeschenkt. Im Verkauf sind Süssgetränke, Mineralwasser und Redbull. In der **Kammgarn** stellen sich wesentlich andere Probleme, seit die Discos im Mühlental mangels Rendite und zu vieler Lärmemissionen geschlossen wurden. Die Kammgarn wird von Jugendlichen aus Problemmilieus unserer Stadt zeitweise mangels anderer Treffpunkte regelrecht belagert. Dabei spielt der Alkoholkonsum eine weniger grosse Rolle als andere Verhaltensauffälligkeiten, die sich mit dem Kultur- und Unterhaltungsauftrag der Kammgarn offensichtlich nicht vertragen. Die Verantwortlichen in der Kammgarn leisten vor Ort Betreuungsarbeit, die äusserst schwierig ist und nach Aussagen der Veranstalter das Budget der

verschiedenen Betriebe erheblich belastet. Es gibt zu wenig dezentrale Jugendtreffs. Man pendelt zwischen den Szenenlokalen im Dreieck Repfergasse, Stadthausgasse, Neustadt und der Kammgarn bzw. dem Lindli.

Zusammenfassung

Der Alkoholkonsum durch Jugendliche hat in unserer Stadt ein bedrückendes Mass angenommen. Letztlich sind aber repressive Mittel, wie sie die Kontrollorgane des Staates anwenden müssen, meist das traurige Ende einer Entwicklung, die bei den Jugendlichen schon früh und im privaten Bereich begonnen hat. Dabei spielen die Auflösung gesellschaftlicher und familiärer Werte eine grosse Rolle. Hier sind Kräfte am Werk, die nicht durch die Polizei aufgehalten werden, ja auch nicht nur ansatzweise aufgehoben werden können. Wenn es zu Hause statt elterlicher Zuwendung nur Sackgeld und statt der Gutenachtgeschichte nur die Fernbedienung des kindereigenen TV-Geräts gegeben hat, muss einem nichts wundern. Andererseits sind auch die Einwirkungen des gesellschaftlichen Milieus oft stärker als diejenigen des überforderten Elternhauses, sofern dieses nicht durch wechselnde Lebensabschnittspartner oder Fernerziehungsversuche via Telefon, Mail oder Internet bei chronisch Überbeschäftigten ersetzt wurde. Kinder ohne grössere Schäden an Leib und Seele ins Erwachsenenleben zu führen, ist eine der wichtigsten Aufgaben von Eltern. Man kann allen, die sich dieser Aufgabe mit Aufopferung widmen, nicht genug dankbar sein. Und denjenigen, die dies nicht tun, müssen wir vermehrt die Meinung sagen, statt nur nett zu schweigen."

Bea Hauser (SP) beantragt Diskussion

Der Rat folgt diesem Antrag stillschweigend.

Bea Hauser (SP) Fraktionserklärung *

Die Votantin liest dem Plenum vorgängig folgende Polizeimeldung vor, welche morgen in der Tagespresse erscheinen wird:

Schlägereien im und vor dem "Orient"

In der Nacht von Samstag auf Sonntag ereignete sich kurz nach 3 Uhr im Untergeschoss des «Musikpalastes Orient» an der Stadthausgasse in Schaffhausen eine Schlägerei. Diese verlagerte sich anschliessend auf die Stadthausgasse, wo das 22-jährige Opfer von einer gewalttätigen Gruppe heftig traktiert wurde. Um der schwierigen Lage Herr zu werden, mussten sieben Polizeibeamte gegen die teilweise betrunkenen und aggressiven jungen Leute eingesetzt werden. Der verletzte Mann erlitt einen Nasenbeinbruch sowie Prellungen und Schürfungen im ganzen Gesicht. Die Ermittlungen gegen die Täterschaft gestalten sich schwierig. Da über den Tathergang innerhalb wie ausserhalb des Orients einige Unklarheiten bestehen, bittet die Polizei allfällige Zeugen um sachdienliche Hinweise unter der Telefonnummer (052) 624 24 24 (SHPol).

Es ist und bleibt ein Rätsel, warum sich in den letzten Jahren das städtische Parlament mit Themen beschäftigen muss, die ganz klar zur Eigenverantwortung von Eltern gehören. Jugendliche unter 18 Jahren, die an den Wochenenden – und davon reden wir ja hauptsächlich – die ganze Nacht lang in der Stadt herum hängen und sich auf alle Arten die «Birnen vollknallen», wie offenbar Alkoholkonsum in diesen Kreisen genannt wird, sind zu einem politischen Thema geworden.

Und wo «knallen» sich die Jungen die «Birne voll»? Sie tun das tagsüber in den Grossverteilern, hauptsächlich Denner, wo junge und ganz junge Leute billiges Bier, billige Alkoholika aller Art kaufen können. Dann betrinken sie sich in privaten Räumen oder im Sommer am Lindli und auf der Strasse, und für den Nachschub gehen sie nachts zu gewissen Wirten, wo sie ganz genau wissen, dass über 18-

Jährige den Alkohol innerhalb der Beiz über die Gasse kaufen können. Es gibt Gangs, da ist das gang und gäbe. Diese «Käufer» verkaufen den Schnaps und das Bier dann auf der Gasse an die unter 18-Jährigen, sogar unter 16-Jährigen. So geht das heutzutage. Es ist gut, dass der Stadtpräsident die Namen der Beizen genannt hat. Diese Wirte müssen zur Verantwortung gezogen werden. Die ertappten Jugendlichen müssten nach Hause geführt und den Eltern in die Wohnung gestellt werden, und die Eltern müssten in die Pflicht genommen werden. Woher diese Jugendlichen unter 18 Jahre oder noch jünger stets das Geld für den Alkoholkonsum haben, ist mir persönlich schleierhaft. Ich kenne 14-Jährige, die bekommen 150 Franken Sackgeld - in der Woche!

Der Ruf nach der Polizei ist allerdings nicht wirklich richtig. Von Gesetzes wegen zuständig für die Kontrolle der Gastwirtschaftsbetriebe, was die Polizeistunde und den Alkoholausschank betrifft, ist eindeutig die städtische Verwaltungspolizei. Ohne den Beamtinnen und Beamten etwas vorwerfen zu wollen: Wo sind denn die Leute der Verwaltungspolizei, wenn Gastbetriebe die Gesetze betreffend des Alkoholausschanks nicht einhalten? Die Wirte müssen ja in keinem Fall mit Kontrollen rechnen, denn die Vergehen passieren nicht tagsüber während der Bürozeit, sondern abends und spätabends und da sieht diese Stadt keine Verwaltungspolizeileute in Nacharbeit.

Hier würde die SP-Fraktion am liebsten eine Aufstockung der Verwaltungspolizei verlangen, wo klar Leute eingestellt werden, die regelmässig Nachkontrollen in Zusammenarbeit mit der SH Polizei durchführen können und zwar bei jenen Betrieben, die uns allen bekannt sind. Man muss nicht die Lokale und Beizen prüfen, ob einer mal eine halbe Stunde länger sitzt und wo es nie Probleme und Theater gibt, sondern jenen Wirten auf die Pelle rücken, die ganz genau wissen, dass aus ihren Beizen Alkohol an zu junge Leute verkauft wird. Eine Aufstockung der Verwaltungspolizei wäre viel gescheiter, statt nach privaten Ordnungshütern der Delta zu schreien.

Zum Schluss muss ich Hans Peter Huber noch etwas sagen. Die nackten Zahlen des Alkoholkonsums der Mädchen im Alter von 11 - 15 Jahren stimmen, da hast Du recht. Aber merkwürdigerweise sind es praktisch immer nur männliche Jugendliche, die hinter diesen Vandalenakten stehen. Das ist auch überprüfbar."

Erwin Sutter (EDU)

Votum

"Ich habe mich gefreut über das, was Bea Hauser gesagt hat. Ich kann eigentlich alles unterschreiben, auch das, was der Stadtpräsident gesagt hat. Die Haupttodesursache unter jungen Männern in Europa ist gemäss der OECD tatsächlich der Alkoholkonsum. Ich denke, dass wir hier auch ganz klar Ziele setzen müssen. Wir müssen die Anzahl der Jugendlichen, die Alkohol konsumieren, wesentlich reduzieren. Das Einstiegsalter für Jugendliche in den Alkoholkonsum muss generell erhöht werden. Es wurden einige weitere gute Vorschläge gemacht, die Aufklärung, die Prävention. Alkoholausschank und -Verkauf an Jugendliche unter 16 Jahren muss konsequent verboten werden. Die Information der Alkohol anbietenden Stellen (Restaurants, Läden, Festwirtschaften usw.) über die Vorschriften bezüglich Ausschank und Verkauf an Jugendliche (Altersgrenzen) muss sichergestellt werden. Wir müssen das Alkohol- und Werbeverbot bei besonderen Anlässen ganz speziell kontrollieren. Es muss auch geahndet werden, wenn gegen die Bestimmungen verstossen wird. So sollte z.B. der Firma Denner konkret mit dem Entzug des Alkoholpatentes gedroht werden, wenn dieses Verkaufsverbot an

Jugendliche missachtet wird. Ich bin überzeugt, dass diese Firma sehr schnell die geeigneten Kontrollmassnahmen ergreifen wird. Wir sollten uns dafür einsetzen, dass die Altersgrenze für den Konsum von Alkohol und Alkohol-Mischgetränken (Alcopops) generell auf 18 Jahre erhöht bzw. angesetzt wird. Das wären meine Anliegen und Vorschläge."

Lotti Winzeler (OeBS) Votum

"Einerseits geht es um die Kontrollen, andererseits geht es um die Prävention, wie Herr Sutter gesagt hat. Wie bereits vor 2 Monaten sind wir wieder beim Thema Jugend und deren Freizeit. Einmal mehr zeigt sich, wie notwendig es ist, die Jugendarbeit in der Stadt SH zu forcieren. Es kann auch nicht zugewartet werden, bis das Jugendleitbild verabschiedet wird. Es muss wirklich jetzt gehandelt werden. Das Angebot für Jugendliche unter 16 Jahren hier in der Stadt Schaffhausen ist miserabel. Als Miterziehende zweier Söhne von 15 und 16 Jahren weiss ich aus der Praxis, wovon ich spreche.

Ich bin auch erstaunt, dass es Eltern gibt, die ihren Kindern im Alter von 12 bis 15 Jahren bis in den Morgengrauen Ausgang gewähren. Eltern müssen ihre Erziehungsaufgabe wahrnehmen. Kinder können jedoch nicht überall und zu jeder Zeit von den Eltern kontrolliert werden. Deshalb ist es wichtig, dass auch die Öffentlichkeit diese Aufgabe wahrnimmt. Soviel ich weiss, gibt es in der Stadt SH keine Lokalität, wo den unter 16-jährigen nach 00.30 Uhr offiziell Eingang gewährt wird. Von daher kann man wirklich an die Eltern appellieren, dass sie ihre Kinder um ca. 12 Uhr oder 01.00 Uhr nach Hause bitten.

Warum der Interpellant mit seiner Frage 3 ausgerechnet auf das Jugendhaus und die Kammgarn abzielt, ist mir nicht klar. Im Jugendhaus gibt es keinen Alkoholausschank und die Kontrollen in der Kammgarn sind ausserordentlich streng. Jugendliche können den Eingang nur passieren, wenn sie ihre Identitätskarte zeigen. Auch beim Ausschank von starkem Alkohol wird dieser nur gegen Ausweis abgegeben. Die Kammgarn wäre eigentlich ein Vorbild, wie die Kontrollen dort durchgeführt werden.

Ich stimme dem Interpellanten zu, dass beim Alkoholausschank **aber** auch beim Verkauf von Alkohol in den Einkaufsläden strengere Kontrollen durchgeführt werden sollten. Ich appelliere jedoch auch hier, dass für die Jugendlichen mehr gemacht wird."

Christian Meister (SVP) Votum *

"Das Phänomen des exzessiven Alkoholkonsums, welches Hans Peter Huber und vielen anderen auffällt, ist Gott sei Dank für einmal kein Schaffhausen spezifisches Problem, sondern es ist leider generell - zumindest im deutschsprachigen Lebensraum - festzustellen, dass die Jugendlichen heutzutage sehr stark dem Alkohol frönen.

Dass die Betrunkenen auf der Strasse immer jünger werden, das heisst, dass sie oftmals unter 18 bzw. unter 16 Jahre alt sind, ist wohl leider hauptsächlich auf uns ältere Generation zurückzuführen.

Wir sind oder waren unseren Kindern wohl in vieler Hinsicht nicht immer grosse Vorbilder gewesen.

Liessen uns unsere Eltern früher erst mit 16 Jahren am Abend in den Ausgang, ist es heute einfach so, dass die Kinder bereits viel früher, also bereits mit 12 Jahren zum ersten Mal an Partys und Veranstaltungen dürfen.

Weil auch das Geld immer lockerer sitzt, der Alkohol immer billiger zum Kaufen ist, ist die logische Folge davon, dass die jungen Leute immer früher mit Trinken anfangen, und weil sie beim Alkoholkonsum das Mass noch nicht kennen, dann leider oftmals böse abstürzen.

Wenn wir jetzt hingehen und den Laden- und Lokalbesitzern darob einen Strick drehen wollen, ihnen Vorwürfe machen und den Schwarzen Peter zuschieben, weil sie den Jugendlichen oftmals Alkohol verkaufen, ohne zu prüfen, ob diese bereits alt genug sind, dann machen wir uns die Aufgabe zu einfach. Es wäre naiv von uns zu glauben, dass dies der Schlüssel zur Lösung wäre, nämlich den Jungen keinen Alkohol zu verkaufen. Das ging bei der Prohibition in den Vereinigten Staaten in den Dreissiger Jahren schon schief und das würde bei uns im Jahr 2002 zwei Mal schief laufen!

Es ist doch heute kein Problem mehr für unter 16-jährige an Alkohol zu gelangen. Am einfachsten macht man das, wenn man einen Älteren zum Einkaufen schickt. Dann hat man im Lindli unten seinen Alkohol.

Wir müssen deshalb einsehen, dass wir in unserem Rat das Rad der Zeit nicht mehr zurück drehen können. Es handelt sich um ein generelles Gesellschaftsproblem. Wenn wir diesem in unserer Stadt tatsächlich Herr bzw. Frau werden wollen, dann geht es nur über repressive Massnahmen wie erhöhte Polizeikontrolle und drastische Bussen an Eltern und Kinder, wenn minderjährige, betrunkene Randalierer und Beschmutzer erwischt werden, oder sogar ärztlich versorgt werden müssen, weil sie zu viel getrunken haben."

Diana Ceppi (OeBS)

Votum *

"Ich möchte nicht, dass der Eindruck entsteht, dass sich die jungen Leute nur unter Einfluss des Alkohols vergnügen können, oder dass sich bei den Jugendlichen alles um den Alkohol dreht. Ich leite seit vielen Jahren eine Gymnastikgruppe mit jungen Frauen zwischen 15 und 25 Jahren. In den Trainings zählt die sportliche Leistung und das gemeinsame Ziel, das es zu erreichen gilt. Wer sich nun in der Turnerbranche auskennt weiss, dass es an den Turnfesten teilweise feucht-fröhlich zu und her geht. In solchen Situationen ist es als Leiterin nicht einfach, Spielregeln bezüglich des Alkoholkonsums aufzustellen. Verbot für die Jüngsten - dann trinken sie heimlich - gar nichts sagen - wegschauen? Bestimmt ist dies auch nicht die Lösung.

Das Thema soll mit den Jugendlichen besprochen werden, in der Schule, in der Familie. Es soll Verantwortung untereinander wahrgenommen werden. Es muss klar werden, dass keine/keiner schlecht dasteht, wenn sie/er das Bier, den Alko-Drink oder was auch immer ausschlägt. Der Alkohol ist Droge Nr. 1, aber salonfähig.

Achten Sie sich z.B. in Filmen im Fernsehen oder Kino, wie dort Probleme gelöst werden. So oft sieht man den Griff zum Glas oder zur Flasche, und das macht mich auch sehr nachdenklich."

Stadtrat Urs Hunziker

"Das Fehlen von Jugendtreffpunkten als Problem ist anerkannt und wird auch im Rahmen der Behandlung der Motion von Rolf Amstad angegangen. Allerdings darf nicht darüber hinweg gesehen werden, dass sich Jugendliche häufig - wie von Bea Hauser beschrieben - mit Alkohol eindecken und diesen in der Nähe von Jugendtreffpunkten konsumieren. Dies zeigen Erfahrungen in Gemeinden, welche solche Treffpunkte installiert haben. Die zum Teil ahnungslosen Eltern werden durch diese Jugendlichen dann im Glauben gelassen, sie würden sich in Jugendtreffpunkten ohne Alkoholausschank aufhalten. Was mich weiter sehr bedenklich stimmt ist, dass eben nicht nur die unter 16-Jährigen sehr exzessiv zum Alkohol greifen, sondern dass auch die 16 - 20-Jährigen, wie sie von Lehrmeistern oder Lehrkräften an den Berufsschulen beschrieben werden, häufig zum Ziel haben, am Wochenende wie schon erwähnt die "Birne" zu füllen.

Schliesslich muss ich noch eine Lanze brechen für ein namentlich erwähntes Verkaufsgeschäft. Dort werden nämlich tatsächlich mindestens zeitweise Ausweiskontrollen gemacht. Allerdings sind die Jugendlichen sehr findig. Sie machen es so, wie es Christian Meister soeben geschildert hat. Sie stellen einen Erwachsenen an, der ihnen problemlos die Alkoholika stellvertretend besorgt."

Stadtpräsident Marcel Wenger

"Ich denke, wir sind uns alle einig, dass die Verwaltungspolizei mit 15,7 Stellen nur schwer diese Kontrollen vor allem nachts intensiv durchführen kann. Es kann durchaus sein, dass eine der Massnahmen, die wir zusammen mit der Schaffhauser Polizei noch diesen Monat zur Verbesserung der Sicherheitslage in der Stadt und in anderen Gemeinden des Kantons erarbeiten werden, beinhaltet, dass wir Ihnen im Laufe dieses Jahres eine Aufstockung der Verwaltungspolizei beantragen müssen.

Erwin Sutter hat recht mit seiner Ansicht, dass Alkopops auf Grund des Bundesrechts restriktiver verkauft werden sollten. Wie der Beitrag von Christian Meister jedoch gezeigt hat, entdecken findige Jugendliche gleichwohl Lücken im System, um an den Alkohol zu gelangen.

Lotti Winzeler hat darauf hingewiesen, dass man den Eltern die Erziehungsaufgabe wieder in Erinnerung rufen müsse. Da werden wir beim Schulgesetz einen Reformschritt einleiten müssen. Der Kanton St. Gallen hat seine Schulgesetzgebung punkto Sanktionen gegenüber Eltern, welche ihre Kinder in der Wahrnehmung schulischer Aufgaben nicht genügend unterstützen, wesentlich verschärft. In diese Richtung müssen auch wir schreiten, weil bereits in der Schule entsprechende Massnahmen ergriffen werden müssen.

Ich bin sehr dankbar, dass Diana Ceppi einen etwas versöhnlichen Schluss gesetzt hat, indem sie zumindest darauf hingewiesen hat, dass viele Jugendliche nicht ihre "Birne" füllen, sondern mit Sport und anderen Aktivitäten ihre Freizeit ausfüllen. Das zeigt, dass die aufsuchende Jugendarbeit als Prävention wirklich durch nichts zu ersetzen ist.

Ich denke, dass wir uns über allenfalls zu treffende Massnahmen im Rahmen der Behandlung der Interpellation Rohner "*Gewährleistung der öffentl. Sicherheit u. Schutz von Eigentum*" noch weiter unterhalten werden. Es wird keine leichte Aufgabe sein. Die Früchte dieser Arbeit werden uns nicht von einem Monat auf den anderen in den Schoss fallen."

Hans Peter Huber (SVP) Schlusswort des Interpellanten

"Ich danke dem Stadtrat und dem Stadtpräsidenten für die Beantwortung meiner Interpellation sowie meinen Kolleginnen und Kollegen für die Diskussion. Wir sind uns einig, dass man bei der Lösung dieses Problems am weitesten voran kommt, wenn man die sogenannte Eigenverantwortung bei der Erziehung wahrnimmt. Besten Dank."

Das Geschäft ist erledigt.

An dieser Stelle bricht die **Ratspräsidentin** die Beratung der heutigen Traktandenliste ab. Sie macht den Rat darauf aufmerksam, dass die nächste Sitzung vom **19. Februar 2002**, wo als Haupttraktandum die Beratung des Geschäftes **Verselbständigung der Städt. Werke SH u. Neuhausen** ansteht, evtl. etwas länger dauern könnte und daher die nötige Zeit zu reservieren sei.

Im weiteren erinnert sie den Rat an die **kontradiktorische Veranstaltung in der Rathauslaube vom Dienstag, 26. Februar 2002, 18.00 Uhr zum Thema: Einführung von WOV flächendeckend.**

Zum Schluss erfüllt die Ratspräsidentin einen Wunsch des Stadtpräsidenten und überreicht diesem einen kleinen Frosch zum Anzünden zur Erzeugung von Licht und Energie... .

An dieser Stelle schliesst die Ratspräsidentin die Sitzung.

Der Ratssekretär:

René Gisler

Nächste Ratssitzung: Dienstag, 19. Februar 2002